

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Brief...
Einzelnr. 1.50 Mark pro Monat...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 20. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Friedensprogramm des Reichstags.

Angenommen mit 214 gegen 116 Stimmen.

Das entscheidende Ereignis der gestrigen Reichstags-
sitzung war nicht die Antrittsrede des neuen Kanzlers, die
wir an anderer Stelle ausführlich behandeln, sondern die An-
nahme der schon bekannnten, im Bericht zur Erinnerung ge-
brachten Friedenserklärung des deutschen
Volkes. Sie erfolgte mit nahezu Zweidrittelmehrheit, mit
214 gegen 116 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Die Opposi-
tion wäre nicht einmal bis zur dreistelligen Zahl entpor-
geleitet, wenn sie nicht durch den närrischen Unverstand der
Unabhängigen gestärkt worden wäre. Konservative, National-
liberale und - Unabhängige schlossen sich von der Friedens-
kundgebung der deutschen Volksvertretung aus.

Die Annahme ist trotzdem mit gewaltiger Mehrheit er-
folgt, und ihre Bedeutung kann durch ultraradikale Späße nicht
gemindert werden. Sie spricht aus, was die deut-
sche Sozialdemokratie vom ersten Tag des
Krieges an gepredigt hat. Sie ist ein Sieg der
Ueberzeugung, den wir in harter jahrelanger Arbeit errungen
haben. Sie bedeutet, wie wir zuversichtlich erwarten, einen
Schritt zum Frieden.

Es ist kein Geheimnis, daß ein beträchtlicher Teil der
neuen Mehrheit in dieser Frage vordem anders stand, als er
jetzt steht. Und es ist keine Schande für ihn, daß er „umge-
lernt“ hat. An der Tatsache, daß der deutsche Reichstag und
das deutsche Volk auf einen Frieden ohne Eroberun-
gen und Entschädigungen einzugehen bereit ist,
kann trotz aller Rabulistik jetzt kein Mensch von gesundem
Verstande mehr zweifeln. Und diese - durch die Arbeit der
deutschen Sozialdemokratie herbeigeführte - Tatsache be-
deutet auch eine veränderte Weltlage.

Von großer Bedeutung ist es auch, daß sich hier zum
erstenmal in der deutschen Geschichte ein Willensakt der
deutschen Volksvertretung, der die auswärtige
Politik des Reiches entscheidend bestimmt, aus ihrer eigenen
Mitte heraus gebildet und vollzogen hat. Es ist kein Ge-
heimnis, daß diesem Willensakt starke und einfluss-
reiche Kräfte entgegenstanden - er kam dennoch
zustande.

In der Annahme dieses Programms liegt für die Re-
gierung ein unüberstehlischer Zwang, nach ihm zu
handeln. Sie kann auf der künftigen Friedenskonferenz nicht
mit Forderungen auftreten, die diesem Programm wider-
sprechen. Es ist darum von heute ab sehr gleichgültig, wie
dieser oder jener einflussreiche Mann über die Kriegsziele
denken möchte. Lächerlich wäre der deutsche Staatsmann, der
sich durch Winkelzüge aus der Bindung dieses Reichstags-
schlusses zu befreien versuchte. Zu bald müßte er erfahren,
daß solche Versuche vollkommen aussichtslos sind.

Die Annerzionistenpresse des Auslandes erkennt die Ge-
fahr, die für sie in dem Beschluß der deutschen Volksver-
tretung liegt, und darum vollführt sie einen wüsten Lärm, da-
mit die Bedeutung dieser deutschen Einkehr ihren
Bölkern nicht zu Bewußtsein komme. Sie findet dabei frei-
willige Helfer bei den Unabhängigen, die natürlich den ge-
waltigen Erfolg der sozialdemokratischen Fraktion nicht gelten
lassen können, und darum die Bedeutung des ganzen Vorgangs
nach Kräften herabzusetzen bemüht sind. Der Erfolg kann
damit für den Augenblick etwas gehemmt, auf die Dauer aber
nicht aufgehalten werden. Die Zuversicht, mit der wir den
kommenden Dingen entgegensehen, die Genugtuung, die wir
über das Errungene empfinden, und das Verständnis
der Massen für die energische und erfolg-
reiche Arbeit der sozialdemokratischen
Fraktion wird dadurch nicht vermindert werden!

Der neue Reichskanzler, Herr Michaelis, hat die
Macht der Tatsachen anerkannt und das Friedensprogramm
des Reichstages angenommen. Als Redner hat er ent-
scheidend. Herr Michaelis hielt eine richtige, den Umständen
angepaßte Geheimratsrede, die weder in der Form
noch im Inhalt etwas Außerordentliches bot. Vielleicht hat
die Befangenheit des großen Augenblicks die Rednergabe, die
man ihm sonst nachfragt, beeinträchtigt. Im ganzen hatte man
den Eindruck eines Mannes, der tastend seinen Weg sucht.
Er wird es nicht leicht haben.

Nachdem die Sensation, die keine war, unter dem Bel-
fall der Mitte geendet hatte, gab Herr Fehrenbach vom
Zentrum namens der neuen Mehrheit des Hauses eine kraft-
voll gedrungene Erklärung für das Friedensprogramm des
Reichstages ab. Seine volkstümliche, dialektisch angehauchte
Rede wirkte nach dem etwas antlich korrekten Ton des
neuen Reichskanzlers erfrischend.

Ihm folgte unser Genosse Scheidemann mit einer
Rede, aus der die Genugtuung über den gesicherten Erfolg -
die Abstimmung stand ja noch bevor - verhallen herausklang.
Scheidemann behandelte den neuen Mann nicht mit Unhöf-
lichkeiten, die er ja nach seinem Auftreten auch gar
nicht verdient hätte, wohl aber mit beachtenswerten Rat-
schlägen und merkwürdiger Juridikhaltung. Mehr als der Person
widmete er sich mit der ganzen Kraft seiner rednerischen
Beidenenschaft der Sache: der Sache des Friedens und der Volks-
freiheit, für die, wie seine Rede zeigt, noch unerlässlich viel zu
tun ist. Für die Befreiung der Presse aus den
Fesseln der Zensur, für die Befreiung Liebknechts
und der anderen „politischen Verbrecher“ trat er mit warmer
Entschiedenheit ein. Der stürmische Beifall, mit dem die
Fraktion ihrem Redner dankte, war verdient.

Dann sprach Herr v. Payer für die Volkspartei, viel-
leicht mit etwas vorzeitigem „Vertrauen“, aber doch mit einer
klaren Warnung für den Fall, daß Herr Michaelis dieses Ver-
trauen enttäuschen sollte. - Graf Westarp gab für die
Konservativen eine Erklärung ab, die sich gegen das Friedens-
programm richtet, aber doch deutlich zeigt, daß die Innen-
politiken ihr Spiel verloren geben. - Wie sehr sie dazu Grund
haben, zeigten die kurzen Ausführungen des nationalliberalen
Prinzen Schönath-Carolath: gegen das Friedens-
programm, aber doch mit Mahnen, sehr mit Mahnen! Die
Fraktur, nach der die deutsche Eroberungspresse geschrien
hatte, wurde von keiner Seite gesprochen. Es ging bei ge-
dämpfter Trommel Klang!

Dann kamen die kleineren Fraktionen - unter ihnen
Gaase. Nur mit Worten schmerzlichen Bedauerns können
wir darüber sprechen, wie heillos sich dieser Mann, der vor-
dem unser Parteigenosse war, verrannt hat. Was er gegen
das reaktionäre Regime sagte, recht und gut! Aber wie
er zum Schaden der Friedenssache, bloß um recht gehabt zu
haben (was ihm doch keiner glaubt), den Erfolg der sozial-
demokratischen Fraktion herunterriß, das war für ihn und für
die Seinen beschämend. Hätte Gaase die Annahme der
Friedenserklärung verhindern können, er hätte es getan.
Aber er konnte es nicht. 214 Ja, 116 Nein, 17 Enthaltungen
- das Ziel war erreicht! Stürmischer Beifall auf den
Bänken der Mehrheit, der stärkste bei den Sozialdemokraten
- und man mußte wohl warum!

Morgen folgt die dritte Lesung der Kredite. Dann will
der Reichstag in - hoffentlich nur kurze - Ferien gehen.
Er war nach der Unterbrechung, die seine Arbeit durch die
Krise erfahren hat, nur zwei Tage beisammen, aber er hat
in ihnen etwas vollbracht.

Die große Sitzung.

Michaelis' Antrittsrede.

116. Sitzung, Freitag, den 19. Juli,
nachmittags 3 Uhr.

Haus und Tribünen sind überfüllt.
Am Bundesratsitz: Der neue Reichskanzler,
Geislerich, v. Capelle, Zimmermann, v. Seebell,
Weseler, Dreitenbach, Graf Roeder u. a.

Präsident Dr. Kaempf

feiert die Verdienste des Herrn von Bethmann Hollweg.
Er erkennt dankend an, daß Herr von Bethmann die Interessen des
Reichstages und seine Wünsche gewissenhaft geachtet, daß er den
Bedürfnissen eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen
Reichsleitung und Reichstag wohlwollend, gerecht und vorurteilsfrei,
wie er sagte, volles Verständnis entgegengebracht hat. (Lebh. Beifall
links und im Zentrum, Schweigen rechts.) Mit der selbstlosen Hin-
gebung seines ganzen Könnens und der ganzen Tiefe seines Wissens
hat er sich dem schweren Amte gewidmet, das er auf sich genommen
hatte. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum, Schweigen rechts.)

Der Präsident begrüßt dann den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis
im Namen des Reichstages und wünscht ihm guten Erfolg. (Bravo!)
Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und Tatkraft gelingen
wird, in dem Streit der Meinungen und in dem Ringen der Böller
den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen, gesicherten
Zukunft entgegenführt. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident nimmt dann ein Schreiben der Schweizerischen
Bereinigung der Griechen in Genf an ihn als den Präsidenten des

Reichstages zum Anlaß, um der wegen ihrer Bergewaltigung be-
mittelswerten Nation und ihrem auch im Unglück stolzen und
aufrechten König die wärmste Sympathie des Reichstages auszu-
sprechen. (Lebhafter Beifall.) Auf der Tagesordnung stehen die
Kriegskredite.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

In ernstester Zeit ist die zentnerschwere Last meines
Amtes auf meine Schultern gelegt. Im Aufblick zu Gott und im
Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nur
der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. (Beifall.) Von Ihnen
erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in
diesem dreijährigen Kriege so herrlich bewährt hat, und im Ge-
danken an den

hochverdienten Mann,

der an diesem Posten vor mir acht Jahre gestanden hat. An seiner
Tätigkeit ist herbe Kritik geübt worden. Kritik, die vielfach mit
Feindschaft und Haß durchsetzt war. Ich habe die Empfindung,
es wäre würdiger gewesen, Feindschaft und Haß hätten Halt gemacht
vor der verschlossenen Tür. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)
Erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet wor uns liegen wird,
werden wir voll wüßigen können, was Bethmanns
Kanzlerschaft für Deutschland bedeutet hat. (Sehr
richtig! links und im Zentrum.)

Ich hätte meine Aufgabe nicht übernommen, hätte ich nicht
festen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache.
Täglich mühten wir uns die Ereignisse von vor drei Jahren
vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen,
daß wir in den Krieg gezwungen worden sind. Russische Rüstung,
seine heimliche Mobilmachung waren eine große Gefahr für Deutsch-
land. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die
Mobilmachung weitergegangen wäre, das wäre politischer
Selbstmord gewesen. Obwohl die englischen Staatsmänner
wußten, wie aus ihrem Glaubens hervor geht, daß die russische
Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen müßte, haben sie
kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen Rus-
lands gerichtet; während mein Amtsvorgänger in einer Instruktion
vom 29. Juli 1914 an den kaiserlichen Botschafter in Wien folgende
Direktive gab:

„Wir erklären gern unsere Bündnispolitik, aber müssen es ab-
leihen, und durch Oesterreich-Ungarn wegen Nichtbeachtung unserer
Ratschläge in einen Weltbrand verwickeln zu lassen.“

So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg einfachen will, so
schrieb ein Mann, der um den Frieden ringt und gerungen
hat bis zum Aushauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Uns blieb keine
andere Wahl. Und was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von unseren
Waffen, insbesondere von der

U-Boot-Waffe.

Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Boot-Krieg völker-
rechtswidrig sei, daß er gegen die Menschenrechte verstoße.
(Bravo! rechts.) England hat uns diese Waffe in die
Hand gedrückt; durch seine völkerrechtswidrige Seesperre hat
es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den
Aus Hungerungskrieg proklamiert. (Lebhafte Zustimmung.)
Unsere schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen
der englischen Rechtswidrigkeit Einhalt gebieten würde, war eitel,
und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein
ehrlich gemeintes Friedensangebot das Aushauchen zu vermeiden,
ist schlagversagen. Da durfte und mußte Deutschland das letzte
Mittel wählen, als eine von der Rotwehr gebotene Gegen-
maßregel und auch als ein Mittel zur Abklärung des Krieges.
(Lebhafte Zustimmung.)

Der U-Boot-Krieg leistet das, und er leistet noch mehr als das,
was man von ihm erwartet hat. Falsche Nachrichten, die
aus geheimen Auskundschaftungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind
(Sehr richtig! rechts. Davon Widerpruch gegen dieses Sehr
richtig! links), haben eine Zeitlang

ein gewisses Gefühl der Enttäuschung

herborgehoben. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige
Propheeten die Erwartung ausgesprochen hatten, insofern des
U-Boot-Krieges werde der Krieg zu einer bestimmten
Zeit zu Ende sein. (Lebhafte Zustimmung, Rufe links: Geislerich!)

Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Vernichtung feind-
lichen Kraftpotentials leistet, was er leisten sollte. Er schädigt
Englands Wirtschaft und Kriegsführung, von Monat zu Monat wachsend,
so daß dem Friedensbedürfnis dort nicht mehr lange wird
entgegenwirken werden können. (Bravo!) Den Arbeiten unserer
wackeren U-Boot-Leute sehen wir weiter mit vollem Vertrauen
entgegen. Und so grüße ich unsere Truppen an allen Fronten, zu
Lande, zu Wasser, in der Luft und unter See von der Heimat.
(Lebhafter Beifall.) Was unsere Heere unter der Leitung ihrer
großen Führer bisher geleistet haben, ist in der Weltgeschichte un-
erhört und unser Dank ist unaussprechlich. (Lebhafter Beifall.)
Wir gedenken auch dankbar unserer treuen und tapferen Bundes-
genossen. Die Waffenbrüderschaft, in heißen Kämpfen geschlossen
und erprobt, wird nicht gelöst. (Bravo!)

Die Berichte über die militärische Lage sind sehr gut.
Im Westen sind die Offensiven der Engländer und Franzosen ge-
scheitert; die Gegenangriffe unserer Heere beweisen ihre unge-
brochene Kraft und ihr bestes Können. (Bravo!) Im Osten ist in-
folge der inneren Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur

Ausführung gekommen; es trat dort zunächst verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Gerüchte die russischen Soldaten vor neuem Aufbruch hatten, kam es zu der jetzigen Offensive. Ihr Ziel war Lemberg und die Ostquellen von Drohobitz — auch eine Folge des U-Boot-Krieges. (Hört! hört!) Brussilow hat mit rücksichtslosen Opfern nur geringe Vorteile erzielt. Vor einer halben Stunde habe ich folgendes Telegramm des Feldmarschalls Hindenburg erhalten:

Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Buczow eingeseht. (Beifall.) Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern (eine Stimme auf der Rechten ruft Bravo!) — Grobe Heiterkeit im ganzen Hause.) haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie, in altbewährtem Schneid und fester Zuredung die russischen Stellungen durchstoßen. (Lebhafte Beifall.) — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Stimmungsmaße! — (Hoi-Hoi.)

Die letzten Vorteile von Brussilow sind dadurch wieder angeht.

Der Reichskanzler bespricht dann kurz die Lage in Griechenland, Italien, im Kaukasus und in Palästina. Die Hoffnungen der Entente auf Amerika beunruhigen uns nicht. Wir wissen, wieviel Frachtraum nötig ist, um ein Heer von Amerika nach Europa zu bringen, und wieviel Tonnage dazu gehört, um das Heer zu ernähren und zu versorgen. England und Frankreich können ihre Heere kaum selber versorgen. Unser Heer, unsere Marine dürften auch dieser neuen Gefahr Herr werden. (Lebhafte Beifall.) So können wir dem Kommanden mit ruhiger Sicherheit entgegensehen. Und trotzdem ist in aller Herzen die brennende Frage:

Wie lange noch?

Ich komme damit zum Kernpunkt der heutigen Verhandlung. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt (lebhaft Zustimmung). Deutschland hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltig zu vergrößern, und darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, nur um gewalttätige Eroberungen zu machen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfung als eine Zeit unerhörter Tapferkeit und Opferbereitschaft unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. (Lebhafte Beifall.) In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig!) Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgebreitet war, hat uns keine Kräfte. (Sehr richtig!) Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden. (Beifall rechts.) Wir müssen im Wege der Verständigung (Bravo! links und in der Mitte) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reichs auf dem Kontinent und übersee garantieren. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker geben. (Lebhafte Beifall bei der Reichsversammlung.) Er muß der weiteren Befriedung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. (Bravo!) Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trubund gegen uns auswähle. Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer (der Mehrheit) Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Rieberwerkzeuge ausgebeug haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind (Bewegung und lebhafter Beifall links und in der Mitte), darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausgestreckt, fragen, was er uns zu sagen hat, und dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten. (Lebhafte Beifall.) Bis dahin müssen wir ruhig, geduldig und mutig ausharren.

Der Reichskanzler wendet sich nun der Ernährungsfrage zu. Der Monat Juni war der schlimmste; es hat in der Tat vielfach bittere Not geherrscht, aber ich kann die frohe Zuredung aussprechen, daß in kurzer Zeit eine Erleichterung eintreten wird, und daß dann die Bevölkerung wieder reichlicher wird versorgt werden können. (Beifall.) Unsere Ernte ist besser als wir befürchteten. Die Acker ist zwar kurz aber die Körnerbildung vorzüglich. Wir hoffen auf eine gute Kartoffelernte. Mit Hilfe Rumaniens und der besetzten Gebiete wird auch die Futterknappheit überwunden werden. Bei kräftiger Ernte und voller Nationierung reichen die Vorräte. Schmerzhaft war die Erfahrung, daß sich das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land infolge der Kriegswirtschaft getrübt hat. Im neuen Wirtschaftsplan dürfen die Nationen für die Landwirtschaft auch für das Vieh und die Pferde nicht so gering sein, daß es von vornherein ausgeschlossen ist, damit zu reichen. Das war ein Fehler des vorigen Jahres, der glatt zugegeben wird, denn das hat natürlich zur Folge, daß notwendigerweise gezielte Liebertretungen vorkommen. Die städtische Bevölkerung muß die großen Schwierigkeiten der Landwirtschaft würdigen, aber auch die Landwirtschaft muß volles Verständnis dafür haben, wie groß die Not in der Industrie und in den Großstädten ist. Wenn das geschieht, dann wird die Annäherung erfolgen.

Ueber die schwebenden Fragen der inneren Politik kann ich mich heute nicht abschließend und erschöpfend äußern. Aber ich will folgendes sagen:

Nach Erlass der Allerhöchsten Verfassung vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen

stelle ich mich selbstverständlich auf den Standpunkt. (Beifall links.) Ich halte es für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engerer Fühlung herbeigeführt wird, und bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesrätlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten Lebens- und Wirkungswort volleren kann. (Beifall.) Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung auch das volle Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung genießen. (Beifall.) Selbstverständlich ist alles das nur unter der Voraussetzung möglich, daß von der anderen Seite anerkannt wird, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der Politik nicht geschmälert werden darf. (Beifall rechts.) Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. (Witzvolle demonstrative Bravos bei den Konservativen. Heiterkeit links.)

Wir fahren in wildem Gewoge. Aber das Ziel steht uns leuchtend vor Augen. Das was wir erreichen, ist ein neues, ein herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffenmacht die Welt terrorisieren will, wie unsere Feinde glauben. Nein, ein stilllich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein freies, friedliches, machtvolles Deutschland, das wir alle lieben. Für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden, für dieses Deutschland wollen unsere Trüder kämpfen und wir bluten und sterben, und dieses Deutschland wollen wir uns erlumpfen allen Feinden zum Trost. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Lehrenbach (Zentr.):

Im Auftrage der Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei beehre ich mich, dem hohen Hause folgende Resolution mit der Bitte um Annahme zu unterbreiten:

Der Reichstag erklärt:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbstständigkeit für die Unversehrtheit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. (Bravo!) Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsverergungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. (Bravo!)

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen (Lebhafte Beifall.), unerjüchterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. (Bravo!)

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichstag weist sich darin ein mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützten. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher. (Bravo!)

Namens der Fraktion des Zentrums gestalte ich mir dazu folgende Ausführungen. Einen denkwürdigen Tag begeht der deutsche Reichstag mit seiner Friedenskundgebung. Er hat sich seit Bestehen des Reichs großer Reserve in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt. Jetzt an der Schwelle des vierten Kriegsjahres tritt er aus seiner Zurückhaltung heraus und verkündigt der Welt die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem für alle Beteiligten, für Freund wie Feind ehrenvollen Frieden. (Bravo!) Er misst sich nicht in das, was Sache der Regierung ist, das heißt, er macht den feindlichen Regierungen kein Friedensangebot. Dafür Zeit und nähere Umstände zu bestimmen, ist Sache der Regierung. Was er heute unternimmt, ist nur eine Friedenskundgebung. Er stellt die Bereitschaft des eigenen Volkes zum Frieden fest und fordert die feindlichen Völker in feierlicher Weise auf, sich von dem gleichen Friedenswillen beselen zu lassen. (Bravo!) Man hat vom deutschen Volk ein fürchterliches Herrbild in den feindlichen Ländern gezeichnet, aber schließlich wird, wenn vielleicht auch erst in Monaten, die ruhige Ueberlegung zu ihrem Recht kommen, welche sagt: Das deutsche Volk ist ein hartes und tapferes Volk, aber mehr noch als in den Anfängen des Krieges hat es sich in den letzten des Friedens ausgezeichnet. Man hat vor einer solchen Kundgebung als Zeichen der Schwäche gewarnt. (Sehr richtig rechts.) Gewiß werden sich solche Stimmen, zumal in den nächsten Tagen, vernahmen lassen, aber wir werden tagtäglich den Beweis erbringen, daß wir zum Schlagen bereit und zu liegen befähigt sind. Auch bei unseren Feinden wird sich die Erkenntnis durchringen, daß nicht die Not, sondern

die Sehnsucht nach Frieden

uns bestimmt, die Hand zur Verständigung zu reichen. In der Schwelle des vierten Kriegsjahres erhebt sich die fürchterliche Gewissensfrage bei allen Völkern gleichmäßig. (Sehr richtig!) Soll dieses Wüten auch noch ein vierdes Jahr dauern? Keine Eroberung und keine wirtschaftliche Vergewaltigung würde die Summe von Elend ausgleichen! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Unsere militärische Situation schließt jede Mißdeutung aus. Wird die von der deutschen Volksvertretung jetzt zum erstenmal dargebotene Hand zurückgewiesen, so wird das ganze Volk aufstehen in gerechtem Zorn, dann wird die Heimat das wunderbare Bild des Zusammenhaltens und Ausharens schauen, dann werden wir der Welt beweisen, daß das deutsche Volk in seiner Einigkeit unüberwindlich ist. (Lebhafte Beifall.)

In der inneren Politik ist auf die Osterbotschaft die Ankündigung des gleichen Wahlrechts gefolgt, nicht so frühzeitig wie es gewünscht gewesen wäre. (Sehr richtig!) Meine Partei hat jede Einmütigkeit des Reiches in diese preukische Angelegenheit abgelehnt. (Hört! hört! rechts.) Aber bei der Bedeutung, die die politische Haltung des führenden Bundesstaates für das ganze Reich hat, hielten wir uns bereit, auszusprechen, daß das Wahlrecht, das die meisten Bundesstaaten den Wählern gewähren, auch in Preußen gewährt werden muß, ganz besonders nach diesem Kriege, in dem der letzte deutsche Mann seine ganze Kraft dem Vaterland zur Verfügung stellt. Wir hoffen, daß die Kundgebung des Kaisers und Königs von Preußen ohne innere Kämpfe möglichst bald und vollkommen zur Durchführung kommt.

Auch in der Frage der Parlamentarisierung will meine Fraktion den bundesstaatlichen Charakter des Reiches gewahrt wissen, sie denkt nicht daran, alle obersten Reichsämtern mit Parlamentariern besetzt zu sehen. (Zuruf rechts: Alle!) Nun, für so unfähig werden Sie doch die Parlamentarier nicht halten, daß nicht eifrig das eine oder das andere Amt auszufüllen können. (Heiterkeit.) Die geringe Fühlung zwischen Regierung und Parlament haben wir bedauert und glauben, daß diesem Mangel durch Berufung von Kräften aus dem Parlament abgeholfen werden soll, wir sehen auch nicht ein, daß solche Fühlungnahme mit Parteien verfassungswidriger sein soll, als die Fühlungnahme mit allen möglichen verantwortlichen Stellen und Persönlichkeiten. (Lebhafte anhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Das Amt des Kanzlers hat den Inhaber geschäftet. Es hat etwas tragisches, daß der Mann, der mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten suchte, fallen mußte, als der Reichstag sich zur Friedenskundgebung entschloß, und daß die Volksvertretung ihn in dem Moment scheiden ließ, als er es unternahm, ihre Rechte zu verwehren. Was Herr v. Bethmann während seiner achtjährigen Tätigkeit und namentlich während des Krieges im Zusammenhalten des Volkes geleistet hat, soll nicht vergessen werden. Dem neuen Reichskanzler kommen wir mit dem Vertrauen entgegen, dessen er zur Leitung der Staatsgeschäfte in so erster Zeit bedarf. Wir hoffen, daß er mit den gesellschaftlichen Vorurteilen brechen wird, die eine volle Ausnutzung aller Volkskräfte so oft verhindert, und daß es ihm gelingen wird, nach glücklicher baldiger Beendigung des Krieges einen Frieden herbeizuführen, der die freie wirtschaftliche und politische Entwicklung des deutschen Volkes sichert, in seinen Grundlagen aber auch die Aussöhnung der Völker erhoffen läßt. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir waren politische Gegner des zurückgetretenen Reichskanzlers und haben seine Amtsführung oft auf das schärfste kritisiert; unsere Gegnerschaft und Kritik unterschied sich aber von einer anderen Art, die persönlich angreift und verleumdet. So weit haben wir es unter dem Burgfrieden gebracht, daß man als Gegner nicht ernst genommen wird, wenn man mit anständigen Waffen kämpft. Eitelhaft und widrig war die Art, wie Herr v. Bethmann Hollweg von einer Seite belächelt worden ist. Es trafen da zutage die bestartigen Instinkte einer Klasse, die sich in ihren Klasseninteressen bedroht fühlte, und zwar von einem Klassen-genossen. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Was ist dem Reichskanzler nicht alles nachgeschimpft und nachgespielt

worden — pfui Teufel! Wäre er schon mit den Ueberzeugungen in sein Amt eingetreten, mit denen er es verlassen hat, wer weiß, ob nicht manches besser gewesen wäre. Freilich war ein Reichskanzler mit solchen Ueberzeugungen vor dem Kriege nicht möglich. Die reaktionäre Wirtschaft, die das deutsche Volk vor dem Kriege allzu geduldig ertragen hat, ist unsere tragische Schuld.

Als Bethmann Hollweg und anderen ersten Männern unseres Vaterlandes die Augen darüber aufgingen, war es leider zu spät. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts hat er uns noch gebracht. Gegen die Parlamentarisierung, die unter allen Umständen kommt, hatte er Bedenken, jene entsetzlichen Bedenken, die man immer zu spät aufstellt! Er war im Grunde genommen: Einsicht ohne starken Willen, und das war zu wenig. Der Himmel behüte uns aber vor einem starken Willen ohne Einsicht. Das könnte unser Land nicht ertragen.

Dieselbe Presse, die den Reichskanzler angriff, hat auch den Deutschen Reichstag angegriffen und behauptet, im Reichstag habe eine Panik geherrscht, die Nerven der Abgeordneten seien gerissen und dergleichen. Ich stelle fest, daß das alles Lüge ist; nichts Wesentliches ist dem Haushaltsausschuß vorgebracht worden, was nicht auch hier schon von unseren Freunden oft gesagt worden ist. Die Sensation war, daß wir nicht mehr allein standen. Das hat eine Panik bewirkt, aber nicht eine Panik des Reichstages, sondern bei ganz anderen Leuten, die ihr Spiel verloren haben.

Wir Sozialdemokraten haben den U-Boot-Krieg bekämpft. Wir sagten, er würde uns auch den Krieg mit Amerika bringen, und haben darin einen größeren Schaden, als in dem Vorteil seiner Wirksamkeit. Wir drangen nicht durch. Eine wüste Hebe wurde gegen uns entfesselt, die wütheste Demagogie regte. Ein Hauptanteil daran gehörte der Deutschen Tageszeitung; nie hat ein Blatt seine Leser frivoler getäuscht. (Unruhe rechts.) Sein Mitarbeiter Graf Reventlow gehört zu den Anführern des Krieges mit Amerika und vielleicht nicht dieses Krieges allein. In wenigen Monaten, hieß es, würde es gelingen, England niederzuwerfen. Eine Gegenwirkung gegen diese Stimmungsmache durch die Presse war nicht möglich.

weil die Zensur sie verbot;

ebenso wurden die Versammlungen verboten. Noch jetzt darf Herr Martin in Schlesien gegen den Verständigungsfrieden reden, unsere Leute dagegen nicht für einen Verständigungsfrieden. (Hört! hört! links.) Herr v. Heubrand hat erst kürzlich ausgeführt, binnen zwei Monaten würde der Krieg durch die U-Boote gewonnen sein. Herr v. Heubrand, Ihre U-Boot-Uhr ist abgelaufen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das waren die Dinge, die Herr Erzberger im Hauptauschuß vorbrachte. Das fidierte auch in die Öffentlichkeit und da brach die Stimmungsmache zusammen. Daß die U-Boote England ungeheuren Schaden zufügen, hat nie jemand bestritten, aber man hat sie als Mittel bezeichnet, den Krieg in diesem Sommer zu beendigen, und diese Illusion ist zusammengebrochen, weil sie zusammenbrechen mußte. (Zuruf rechts: Wer hat das gesagt?) Stellen Sie sich doch nicht unwissender, als Sie in Wirklichkeit sind. Diejenigen, die diese Illusion erweckten und am liebsten noch für einige Monate prolongieren wollen, haben dem deutschen Volke einen schlechten Dienst geleistet, denn

nur die Wahrheit kann uns nützen,

nichts als die Wahrheit, und Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können, wie unsere Gegner. Wir führen drei Jahre Krieg gegen einen Feind, dessen gewaltige Uebermacht sich dank einer geradezu unbegreiflichen Politik im Laufe des Krieges noch vermehrt hat. Noch immer stehen wir ungebunden da, wir sind noch immer Herren im eigenen Land und stehen mit unseren Fronten weit in den feindlichen Ländern. Ist das nicht eine ungeheure Leistung! In der Verteidigung sind wir unüberwindlich. Hätten gewisse Leute nicht so getan, als ob wir die ganze Welt verschlingen könnten und wollten, so hätten wir heute weniger Feinde und vielleicht schon Frieden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Resolution sagt, ist schon lange das geistige Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. (Widerpruch rechts.) Mögen die anderen Völker diese Stimme hören, mögen sie wissen, daß wir keine Ueberoberungspläne hegen, daß wir keine Vergewaltigung beabsichtigen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen mit internationalen Rechtsgarantien.

Wollen die anderen Völker das auch, so kann der Krieg morgen zu Ende sein. Wollen sie das nicht, so werden wir weiter kämpfen, aber nicht wir werden dann die Schuld tragen, wenn die Welt zur Wüste wird. Es kann keinen Reichskanzler geben, der nicht im Sinne unserer Entschliebung handeln mußte. (Sehr richtig!) Es ist zu Ende mit aller Zweideutigkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der wilde Annerkennung als Reichskanzler, der auf einer Friedenskonferenz die alldeutschen Kriegsziele vertreten wollte, würde dort ausgelacht, man würde ihm sagen: Dein eigenes Volk will von alledem nichts wissen, dein eigenes Parlament sieht gegen Dich! Mit der Annahme dieser Entschliebung wird eine Tatsache geschaffen sein, die durch nichts mehr aus der Welt zu schaffen ist. Eine Regierung, die ihr entgegen handelt, würde das Reich nur in ein Chaos führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Klüßliches leisten kann eine Regierung, die sich dieser Resolution aus Ueberzeugung anschließt. Ist die Regierung, die durch Herrn Dr. Michaelis repräsentiert wird, eine solche Regierung? Sie haben seine Erklärung gehört und werden sich Ihr Urteil bereits gebildet haben. Der Reichskanzler hat gesagt: Nicht um einen Tag dürfe der Krieg weitergeführt werden, um Eroberungen zu machen, wir wollen einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der dauernde Versöhnung ermöglicht. Das sind Ziele, die wir durchaus billigen. Stellen Sie sich vor, eine Resolution, wie wir sie beschließen wollen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und dem dortigen Kanzler beantwortet, wie sie heute hier beantwortet ist: Worin könnten die Friedensverhandlungen beginnen. (Lachen rechts.) Der Menschheit ganzer Jammer soht mich an, wenn ich in einer solchen Situation ein solches Geplätscher höre. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich nehme an, daß der Herr Reichskanzler beim nächsten Nachdenken zu dem Ergebnis kommen muß: eine andere auswärtige Politik als die, die hier vorgezeichnet ist, kann es nicht mehr geben. Einem Reichskanzler, der sie nicht aus Ueberzeugung vertreten könnte, könnte man nur den guten Rat geben, einem anderen Platz zu machen, der sie aus Ueberzeugung vertreten kann. (Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Eine kraftvolle Politik friedliebender Verteidigung kann nicht getrieben werden ohne ein freudiges Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt.

In dieser Beziehung kam manches in der Rede des Reichskanzlers ziemlich verheißungsvoll, befriedigen konnte sie mich nicht. Sollten wir etwa nach einem Reichskanzler, der die Reichen der Zeit erkannte und so schnell nach ihnen zu handeln vermochte, einen anderen bekommen haben, der sie vielleicht nicht vollkommen erkannte hat? Der neue Reichskanzler wird nur Erfolg haben — den wir ihm im Interesse des Reiches sicher alle wünschen — durch die Vollendung dessen, was sein Vorgänger uns angekündigt hat. Wir brauchen einen Kanzler, der uns hilft, uns von dem Dreiflauchenwahlrecht und von dem veralteten Obrigkeitsstaate zu befreien. (Sehr richtig!) der den Weg zu neuen Regierungsformen auch im Reich öffnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schnell muß geschehen, was notwendig ist. (Sehr richtig! bei der Mehrheit!) Das deutsche Volk will Laten sehen. Möge der Reichskanzler dafür sorgen, daß nicht etwa die Legislaturperiode des preussischen Abgeordnetenhauses verlängert wird und daß die Wahlrechtsvorlage schon im Herbst dem Landtag beschäftigt. Nur auf diesem Wege kann der Frieden gesichert und

eine bessere Zukunft des Volkes erreicht werden. Der demokratische Fortschritt ist nicht mehr ein Parteiziel, sondern er ist ein deutsches Volksziel geworden. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Wer uns auf diesem Wege entgegentritt, den halten wir für einen Schädling an unserem Volke und werden ihn mit allen Kräften bekämpfen, sei er, wer es sei. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Große Dinge müssen geschehen, wenn Deutschland die Freiheit nach innen und außen gewinnen soll. Was wir dazu vor allem gebrauchen, ist die

Befreiung der Presse von den schmachvollen Fesseln der Zensur (Bravo! bei den Sozialdemokraten.), die mit Erlässen regiert und mit Verboten terrorisiert. Den Zensurmaßnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung“ reichte sich würdig das Verbot der „Zukunft“ an. Glaub, jemand, daß es nach Stärke aussieht, wenn die Zensur solche Restriktionen zeigt? Die Dresdener „Volkswacht“ durfte bei dem letzten Verbot ihren Lesern nicht mitteilen, daß sie verboten sei, sondern mußte sagen, sie habe ihre Erscheinung eingestellt. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das mußte den Eindringlingen erwidert, als sei das Blatt geschäftlich zusammengebrochen. Das ist ein direkt abscheuliches Verfahren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Erfolg ist gewesen, daß ihre Auflage von 45 000 auf 50 000 gestiegen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Verbot der Verbreitung zweier Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, die sich gegen die sozialdemokratische Fraktion richten, als Flugblatt geht ebenso über die Diktatur wie das Verbot der Verbreitung von Reichstagsreden. Was denken sich eigentlich diese Leute bei solchen Verböten? Sind sie wirklich so ungläubig beschränkt? (Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten: O ja!), so glauben, daß wir ihnen Dank wüßten, wenn sie eingreifen, wie im Leipziger Fall? Solche Vorentscheidungen verbitten wir uns entschieden.

Der „Vorwärts“

der durch sein unerschrockenes Verhalten der ganzen deutschen Presse etwas mehr Luft der Zensur gegenüber verschafft hat, wird mit Verwunderung überschüttet. Man sollte der Presse mehr Papiere geben und nicht so viel Papier an unfruchtlichen Verböten und Maßnahmen vergeuden. (Sehr richtig!) Noch in den letzten Tagen ist das unsinnige Verbot an die Presse ergangen, über die Neubefetzung wichtiger Reichsämter nichts zu schreiben. (Lebhaftes Hört! Hört! bei der Mehrheit.) Das ist ein unerträgliches Verbot. Fort mit dem Antrag zur Lage, den man mit einem Fremdwort Zensur nennt (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) und der leider in allen Ländern zur Verlängerung des Krieges beiträgt. Nur durch die Wahrheit kommt der Friede.

Wir fordern weiter von dem Reichskanzler die Freilassung der verurteilten politischen Verbrecher. Erfüllt ist diese Forderung in Rußland und Oesterreich! Öffne man all den Männern und Frauen, die nach ihrer Ueberzeugung ihre persönliche Freiheit für den Frieden eingeseht haben, die Türen der Gefängnisse und Justizhäuser!

Öffnen Sie die Tore für Liebknecht

und für alle andern, deren persönliche Ehrenhaftigkeit nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden kann. (Zuruf von den Unabhängigen: Sie haben kein Recht, für Liebknecht zu sprechen. Stürmische Heiterkeit.) Auch die Opfer der Brotkrisis in Sibirien und Düsseldorf verdienen Berücksichtigung. Das Blut erhartet nicht in den Adern, wenn man liest, daß in Düsseldorf vom Kriegsgewalt über 185 Personen 116 Jahre Justizhaus und 146 Jahre Gefängnis verhängt worden sind. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Unter den Verurteilten befinden sich Jugendliche und auch Kriegerveteranen. Stellen Sie sich einen Mann vor, der draußen im Felde das Land mit seinem Leibe bedi, während seine durch Sorgen nervös überreizte und durch Aufregung mißleitete Frau ins Justizhaus gesperrt ist. Schaffen Sie ein Werk der Befreiung und der Versöhnung. Denken Sie dabei auch an die vielen, die wegen wirklicher oder vermeintlicher militärischer Vergehen auf Grund drakonischer Strafbestimmungen sehr leiden müssen. Geben Sie ihnen die Freiheit wieder. (Leb. Bravo! bei den Soz.)

Im Sinne der von uns mit eingebrachten Entschließung werden wir die neuen Kredite bewilligen. Nicht etwa um dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum auszusprechen. Wir haben die Kredite immer nur dem Lande bewilligt, wir bewilligen sie dem deutschen Volke, von dem wir wissen, daß es zu neuen Höhen auf dem Boden unseres Friedensprogramms steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Reichstag aber rufe ich zu, möge er sich in dieser Zeit als eine wahre und starke Volksvertretung bewähren. Es ist ein Zeichen von erwachendem Kraftbewußtsein, wenn der Reichstag aus eigener Willensentscheidung der auswärtigen Politik des Landes die Richtlinien vorschreibt, die, einmal gegeben, auch unänderlich sind. Abenteurer wie das mexikanische, wie das von Britannia, die wir auf schärfste mißbilligen, müssen in Zukunft unmöglich sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Heute sind es nicht mehr die zornigen Stimmen der Radikaler, die über Kriegsschuld und Kriegsziele reden. Jetzt spricht — wie in Stockholm — Volk zu Volk. Menschen reden zu Menschen und fordern sie auf, unter einander einen ehelichen Frieden zu schließen. (Leb. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Möge der Sieg, nicht der Waffen und einer Partei, sondern der Sieges der Freiheit und der Vernunft diesen Krieg beenden, das wird der Sieg aller sein! Der Krieg ist der Tyrann, der alle Völker knechtet. Aber in allen Ländern regt sich der Kampf gegen ihn, und wenn wir helfen, ihn zu beenden, ohne unser Recht und unsere Ehre preiszugeben, dann hat wir nicht schwach, sondern stark. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus Schwäche schließt die Menschheit diesen unglückseligen Krieg weiter. Was die Welt braucht, das ist der Wille und die Kraft zum Frieden. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bayer (Bp.):

Wir bedauern den Rücktritt Bethmann Hollweg. Erst eine spätere Zeit wird seine Verdienste erkennen, daß er bei Beginn des Krieges das deutsche Volk zur einmütigen Geschlossenheit gebracht und im Laufe des Krieges eine fortwährende politische als notwendige Voraussetzung für die Einmütigkeit des Volkes erkannte. (Bravo! links.) Es ist ein trübes Blatt in der deutschen Geschichte, das sich in den letzten Tagen teilweise in diesem Hause abgespielt hat. Auch hier wird erst in ruhigen Tagen eine gerechte Beurteilung Platz greifen. Manche von denen, die Bethmann Hollweg wegen seiner Stellung zu der Friedensfrage gestürzt haben, werden kaum auf ihre Rechnung kommen, nachdem sie gesehen haben, daß der neue Kanzler in dieser Frage dieselbe Stellung hat einnehmen müssen wie sein Vorgänger. Wir haben zu dem neuen Reichskanzler das Vertrauen, daß seine Politik sachlich sein wird, und daß er die Notwendigkeit einer vernünftigen Fortentwicklung im Innern und einer gerechten Behandlung des Volkes, das so ungeheure Lasten zu tragen hat, erkennen wird. Die nächsten Wochen müssen entscheiden, welches Maß von Entschiedenheit er für die Durchführung unseres gemeinschaftlichen Programms für den Frieden einsetzen wird. Das wird auch entscheidend sein dafür, ob er im Reichstag der Führende oder der Geführte sein wird. (Sehr gut! links.) Wir treten für die Demokratisierung des Reiches ein. Kommt diese nicht, dann wird es für manche von uns eine wahre persönliche Enttäuschung sein, wenn wir auch einmal wieder loyal, aber offen und entschieden, in die Opposition treten. (Sehr gut! links.) Durch die Annahme unserer gemeinsamen Entschließung muß endlich der durch die Abenteurer im Ausland verbreitete Glaube zerstört werden, als sei das deutsche Volk erobersüchtig. Es soll erreicht werden, daß die Völker durch den Rebel von Doh und Borruetel hindurch einander überhaupt erst wieder sehen können. Hier hat die heutige Erklärung des Reichskanzlers bereits Klarheit geschaffen; dafür danken wir ihm. Wir brauchen aber auch volle Klarheit, wie groß die Zahl derer ist, die nicht hinter der Regierung und hinter der

Mehrheit stehen. Diese Klarheit wird geschaffen werden durch momentliche Abstimmung. Der Reichskanzler hat festgestellt, daß auch die Oberste Seeresleitung auf dem Boden seiner Erklärung steht. Um so schwerer wird die Verantwortung derer sein, die jetzt noch weitergehende Forderungen vertreten. (Sehr wahr! links.)

Was die

innerpolitische Lage

anbetrifft, so anerkennen wir mit Dank ein wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit einer moderneren Gestaltung unseres staatsrechtlichen Zustandes. Wir begrüßen die Ankündigung, daß das gleiche Wahlsrecht in Preußen nach vor den nächsten Wahlen zur Durchführung kommen soll. Der neue preussische Ministerpräsident hat loyal und entschlossen diese Erbschaft seines Vorgängers rühmlich angetreten. Möge er von vornherein jedem Versuch entgegenzutreten, an dem Königswort zu deuteln oder seine Erfüllung auf die lange Bank zu schieben. (Sehr gut! links.) Es gäbe nichts Verhängnisvolleres für Preußen und für das ganze Deutsche Reich! (Sehr wahr! links.) Eine Parlamentarisierung des Reiches in dem Sinne, daß die Kräfte in Regierung und Parlament einig und zielbewußt nebeneinander und durcheinander, aber nicht gegeneinander verzerzt werden müssen, hat sich gerade in den letzten Tagen als unbedingt notwendig erwiesen. (Sehr richtig! links.) Nicht eine aus dem Ausland entlehnte Parlamentarisierung wünschen wir, sondern eine den deutschen Verhältnissen angepaßte. Die Durcharbeitung dieses Gedankens wird einige Wochen in Anspruch nehmen. Inzwischen gibt es Nothelfer, z. B. die Heranziehung von Männern, die sich im parlamentarischen Leben Erfahrung und Vertrauen erworben haben, in die leitenden Stellen der Regierung. Der Erwägung wert wäre die Schaffung eines Friedensbündnisses, zusammengesetzt aus Regierungs- und Parlamentariervertretern. Er könnte uns vor unliebsamen Ueberzählungen bei den Friedensverhandlungen sichern.

In verantwortungsvoller Stunde hat der Reichstag heute seine Entscheidung getroffen. Uns treibt nicht die Not zu unserer Erklärung. Wir sind sicher, unsere Fronten zu halten, auch wirtschaftlich läßt uns die wachsende Ernte mit Ruhe in die Zukunft blicken. Die Verantwortung für weiteres Blutergießen legen wir unseren Gegnern auf. (Bravo! links.)

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Wir begrüßen den neuen Reichskanzler und wünschen, daß es ihm gelingen möge, in dieser schweren Lage des Vaterlandes die Geschäfte des Reiches mit vollem Erfolge zu führen. Noch ist der Wille unserer Feinde, uns zu vernichten, nicht gebrochen, noch wird jede Befehdung unserer Friedensbereitschaft von ihnen nur als Zeichen unseres Niederbruchs gedeutet. Die Haltung der Presse des Auslandes zeigt schon heute, daß auch die uns vorgelegte Entschließung nur dazu beitragen wird, den Mut der Feinde zu stärken und den Krieg zu verlängern. (Widerstand bei der Mehrheit. Sehr richtig! rechts.) Wir bedauern diesen Schritt auf das entschiedenste, er dient nicht der Sicherung unserer deutschen Zukunft. Er entspricht auch nicht der dankbaren Anerkennung, die wir unsern Truppen und ihren Führern schulden. (Leb. Dol bei der Mehrheit, Bravo! rechts.) Durch Reden und Beschlüsse, durch Ermahnungen an das Gewissen unserer Feinde kommen wir dem Frieden nicht näher. Nur durch die heldenhaftesten Taten unserer Truppen zu Lande und zu Wasser wird uns der volle Sieg beschieden sein. (Bravo! rechts.) In Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde auf ihre Forderungen verzichteten. Dann wird es Aufgabe der Regierung sein, den Frieden so zu gestalten, daß er Deutschlands und seiner Verbündeten Entwicklungsfreiheit sichert. Unsere Grenzen müssen für alle Zeiten besser geschützt werden. (Bravo! rechts.) Durch eine Verständigung, die allein auf dem guten Willen der Feinde beruht, lassen sich unsere Ziele nicht erreichen. Entscheidend für die Gestaltung des Friedens wird allein die militärische Lage werden. Aufgabe des leitenden Staatsmannes wird es sein, in enger Fühlung mit der obersten Seeresleitung bei den Friedensverhandlungen der militärischen Lage Rechnung zu tragen und unsere militärischen Erfolge voll auszunutzen. Nur dann wird sie der Zustimmung von Heer und Volk gewiß sein. Die vorgelegte Entschließung entspricht dieser Auffassung nicht. Wir lehnen sie deshalb einstimmig ab. (Leb. Bravo! rechts.)

Abg. Prinz Schönau-Carolath (natl.):

geben! zunächst mit einigen unerwähnten Worten des Reichskanzlers Bethmann Hollweg und erklärt weiter, daß seine Freunde einmütig beschlossen haben, die Resolution der Mehrheit abzulehnen. Dagegen sind wir bereit, außer der Grundlage eines verständigen Ausgleichs Friedens mit unseren Feinden zu verhandeln, sobald auch diese einen solchen Frieden wollen, der dem deutschen Volke die freie Entwicklung sichert, und der die dauernde Versöhnung der Völker anbahnt. (Beifall h. d. Nationalliberalen.)

Abg. Warmuth (D. Fr.):

Die Mehrheit der Deutschen Fraktion hält die Grundgebung des Reichstages nicht nur für nutzlos, sondern sogar für äußerlich schädlich. Den Beweis dafür erbringen schon jetzt die Verheerungen der feindlichen Presse. Der Frieden kann nur durch unsere Waffen erreicht werden. (Beifall rechts.)

Eine von den Unabhängigen Sozialisten eingebrachte Entschließung tritt für einen Frieden ohne Angliederungen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentfesselung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein, sowie für die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens, und verlangt internationale Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des Handels und Verkehrs, Schutz der nationalen Minderheiten. Den Abschluß dieses Friedensprogramms soll die Schaffung einer sozialen Republik bilden.

Abg. Haast (Unabh.):

Von allen Seiten heißt es, jetzt soll mit der Zweideutigkeit ein Ende gemacht werden, man verlangt Klarheit und Wahrheit. Aber der neue Reichskanzler macht lediglich eine höfliche Verbeugung vor der Resolution der Mehrheit, macht jedoch den Vorbehalt, sie durchzuführen, „wie er sie auffasse.“ (Hört! hört! bei den Unabhängigen.) Die Rede des Reichskanzlers darf man nur im Zusammenhang mit den Vorgängen betrachten, die zu seiner Ernennung geführt haben. Dabei war das Parlament vollständig ausgeschlossen, Dr. Michaelis ist nicht der Vertrauensmann des Bundesrats, sondern der Vertrauensmann von Hindenburg und Lubendorff, und es wird doch niemand behaupten wollen, daß diese Männer Gegner von Annexionsplänen sind. Die Tatsache, daß die Generale in einer politischen Krise zur Mitwirkung berufen wurden, wirkt auf unsere Verfassungszustände ein seltsames Licht. Der Reichskanzler erklärte ausdrücklich, seine Ausführungen haben die Approbation der militärischen Stellen erhalten. Das dürfte wohl in keinem anderen Land der Welt möglich sein. Und diese Brückung läßt sich das Parlament gefallen! (Sehr wahr! bei den Unabhängigen.)

Als kommandierender Staatssekretär des Reiches wurde Dr. Helfferich genannt, ein ganz ungeeigneter Mann. Ebenso müssen in Preußen die Minister fallen, die Gegner des gleichen Wahlsrechts sind. Dieses Wahlsrecht muß kommen, freilich nicht vom preussischen Landtag, sondern die Kräfte werden es erzwingen. Erforderlich ist vor allem die Demokratisierung in allen Bundesstaaten. Die Regierungssozialisten haben ihren Frieden mit der Regierung gemacht, obwohl sich immer deutlicher herausstellt, daß die monarchischen Einrichtungen sich nicht behaupten haben und in unsere Zeit nicht hineinpassen. Die Berufung einiger Parlamentarier in Amisstellen ist keine Demokratisierung, diese kann nur durch Kampf erreicht werden, nicht durch listiges Diplomatisieren. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Die vorgelegte Resolution ist unannehmbar, ihre Darstellung von der Kriegsentfesselung ist ebenso unhaltbar

wie die Darstellung, die der neue Reichskanzler gegeben hat. Die Regierung hätte sich klipp und klar erklären müssen, dann hätte sie den Frieden gefördert. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dann hätte sie durch Anhalten einen Druck auf die Entente ausgeübt. Unser Antrag schließt jede Zweideutigkeit aus. Zur Friedens- und Kriegspolitik der Regierung aber haben wir kein Vertrauen, deshalb lehnen wir auch diesmal die Kredite ab. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Der Redner erörtert dann die unheimlichen Genusverhältnisse und die Gerichtsverhältnisse gegen politische Demonstrationen. Es ist eine Schmach, daß ein Mann wie Liebknecht im Justizhaus sitzt. (Abg. Rühle ruft: Liebknecht hungert im Justizhaus. — Präsident Dr. Kaempf ruft ihm zur Ordnung. — Rühle wiederholt andauernd seine Zwischenrufe; andauernde Glocke des Präsidenten.)

Die Arbeiter wollen in allen Ländern den Frieden. Die Völker wollen sich nicht gegenseitig morden, sie wollen wieder zusammenarbeiten in Werken der Kultur. (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Sebba (Pole): Die Resolution der Mehrheit ist uns in ihrer Friedensstendenz sympathisch, sie wird aber unserer Forderung nach voller Selbstbestimmung der Völker, die wir nicht erheben haben, nicht gerecht. Deshalb werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Abg. Gonsseu (Däne): In der Zuberficht, daß unsere nationalen Wünsche nach Beendigung des Krieges erfüllt werden, stimmen wir der Entschließung der Mehrheit zu. (Bravo!)

Damit schließt die Debatte.

Die Kriegskredite werden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt.

Die Entschließung der Unabhängigen Sozialdemokraten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und des Abg. Hoch (Soz.) abgelehnt.

Hierauf wird die Resolution desentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei in namentlicher Abstimmung

mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. Saldern (Soz.) erklärt nachträglich, daß wenn er im Saale gewesen wäre, für die Resolution gestimmt hätte. (Das Resultat der Abstimmung wird von der Mehrheit mit lebhaftem Bravo begrüßt.)

Abg. Mayer-Kaufmann (B.) beantragt, sofort in die dritte Lesung der Heereskreditvorlage einzutreten.

Präsident Dr. Kaempf: Das ist nur möglich, wenn nicht 15 Mitglieder des Reichstages widersprechen.

Abg. Ledebour (Unabh.): Im Namen meiner Freunde widerspreche ich dem Antrag. (Gelächter.)

Präsident Dr. Kaempf stellt fest, daß die Anzahl der widersprechenden Abgeordneten ausreicht (Zuruf: Ein Sieg der Unabhängigen! Heiterkeit) und beräumt die nächste Sitzung an auf Freitag, 11 Uhr. Dritte Lesung der Kreditvorlage, zweite Beratung des Entwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Anfragen im Reichstag.

Abgeordneter Henke stellt in einer Frage fest, daß Vertreter der Arbeitervereine aus Anlaß des Munitionsarbeiterstreiks immer noch zum Heeresdienst eingezogen und an die Front geschickt werden. Er wünscht zu wissen, was der Reichskanzler dagegen zu tun gedenkt.

Eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Strefemann bezieht sich auf die englischen Angriffe auf deutsche Schiffe in den baltischen Gewässern. Vom Reichskanzler wird gewünscht, seine Stellung bekannt zu geben, die er gegen diesen Neutralitätsbruch einzunehmen gedenke.

Abgeordneter Dittmann beklagt sich in einer Anfrage darüber, daß eine von ihm erhobene Beschwerde immer von einer Behörde zur andern geschoben wird, ohne daß ihre Erledigung erfolgt.

Friedensresolution der „Unabhängigen“.

Die Unabhängigen hatten im Reichstag folgende Resolution eingebracht:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentfesselung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugesagten Unrechts. Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über die allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs, die unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen zum Schutze der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, und Religion; Schutz der nationalen Minderheiten; obligatorisches internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten. Zur Erreichung des Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung des Reiches und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.

Siehe dazu Reichstagsbericht!

Versammlungsverbot für die Berliner Metallarbeiter.

Abgeordneter Bauer - Breslau hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch das Oberkommando in den Marken unmöglich gemacht wird, die satzungsgemäße Generalversammlung abzuhalten? Die auf den 6. Mai 1917 einberufene Generalversammlung mit der Tagesordnung Neuwahl der Ortsverwaltung, Kasernenbericht, Anträge, ist vom Oberkommando in den Marken verboten worden. Die Generalversammlung wurde dann mit der gleichen Tagesordnung auf den 18. Juni einberufen, aber wiederum vom Oberkommando in den Marken verboten. Das Oberkommando hat erklärt, daß es während der Kriegsdauer die Abhaltung der Generalversammlung nicht zulassen werde, wenn die Neuwahl der Ortsverwaltung zur Tagesordnung gestellt werde.

Durch diese mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringende Maßnahme wird der abzüglich 40 000 beim Heer befindlichen, gegenwärtig nur rund 70 000 Mitglieder zählenden Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes die ordnungsmäßige Erledigung der Verwaltungsgeschäfte unmöglich gemacht und eine tiefgehende Erregung unter den Mitgliedern hervorgerufen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Deutschen Metallarbeiterverband, Mitgliedschaft Berlin, die Ausübung des Versammlungsrechtes zu ermöglichen?

(Letzte Nachrichten siehe 2. Seite der Beilage.)

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Starke Mitgliederzunahme im Fabrikarbeiterverbande.

Ueber einen erfreulichen Aufschwung kann der Fabrikarbeiterverband berichten. Von Monat zu Monat stieg die Zahl der Rekrutierungen. Im Juni sind dem Verbande mehr Mitglieder beigetreten als in irgendeinem anderen Monat seit Kriegsausbruch. Die Zahl von 6000 wurde überschritten. Damit ist eine Zahl erreicht, die den Monatsdurchschnitt in den besten Friedensjahren fast erreicht. Wird die Zahl der zum Heere Einberufenen nicht abgesetzt, so werden am Schlusse des dritten Kriegsjahres nicht weniger Mitglieder vorhanden sein, wie beim Kriegsausbruch. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg bis Ende Juni um 8311; sie beträgt insgesamt 29 122. Der tatsächliche Mitgliederverlust seit Kriegsausbruch ist auf weniger als 6000 gekommen; am Schlusse des Vormonats betrug er noch reichlich 10 000.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuss Groß-Berlin.

Der Schmied R. von der Firma A. kann als Kriegsschädigter infolge seiner Verletzung nicht mehr als Schmied arbeiten, da er das anzuverdienende Erzeugnis nicht erzeugen kann. Es wird vereinbart, daß R. eine Beschäftigung erhält, bei der er sitzen kann, so daß er trotz seiner Verletzungen seine Schwierigkeiten bei der Arbeit hat. Sollte R. keine entsprechende Arbeit bekommen, so wird ihm das Recht zuerkannt, einen Abfahrtschein zu verlangen.

Der Modellstecher Sch. von der Firma B. verdient erheblich weniger als seine Kollegen im gleichen Betriebe. Da R. unter denselben Bedingungen wie die übrigen Modellstecher arbeitet, liegt die Ursache des geringeren Verdienstes in seiner Person und kann ihm deshalb ein Abfahrtschein nicht ausgestellt werden.

55 Zimmerer der Firma Schw., Berlin, fordern eine Lohn-erhöhung. Nach reiflicher Aussprache wird beschlossen, die Sache an den Betrieb zur nochmaligen Verhandlung zurückzuverweisen.

Von derselben Firma will ein Betrieb eine Verringerung der Arbeitszeit, so daß die Pausen verkürzt werden. Allerdings tritt hierbei auch eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde ein. Die Arbeiter haben sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß trotzdem keine Minderung der Produktion eintritt, so daß die Firma keinen Nachteil hat. Auf der anderen Seite aber fordern die Arbeiter auch, daß für die Lohnarbeiter die ausfallende halbe Stunde bezahlt wird. Nach reiflicher Aussprache wird vom Kriegsausschuss folgender Spruch gefällt:

Nachdem die Vertreter der Arbeiter die Erklärung abgegeben haben, daß durch die Zusammenlegung der Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion weder eintreten darf noch eintreten soll, wird die Forderung der Lohnarbeiter, die durch die Zusammenlegung erparter halbe Stunde bezahlt zu erhalten, als berechtigt anerkannt. — Der Direktor wird es überlassen, sobald sie glaubt, daß die Voraussetzung, unter der dieser Schiedsspruch zustande gekommen, nicht eingetreten ist, sich erneut an den Schlichtungsausschuss zu wenden, damit dann gemäß der Forderung der Arbeiter der frühere Zustand wiederhergestellt wird.

Sitz 6000 technische Angestellte und Kaufleute der verschiedenen Werke der A. E. G. fordern eine Erhöhung der Gehälter. Bei vorhergehenden Verhandlungen mit den Angestelltenausschüssen war bereits etwas an Lohnerhöhungen bewilligt, doch wurde das von den Angestellten als nicht ausreichend bezeichnet. Daher die Verhandlungen vor dem Kriegsausschuss. Trotz stundenlangem Beratungen gelang es nicht, eine Verständigung herbeizuführen, da die Angestellten erklärten, daß sie auf eine weitere sofortige Zulage für alle Angestellten in Form einer Gehaltserhöhung bestehen müßten und auch von den Vorgesetzten angeordnete Ueberstunden bezahlt haben wollten, während die Vertreter der Firma erklärten, nicht weiter gehen zu können, wie dies bei den Verhandlungen in den Betrieben geschehen. Der Kriegsausschuss konnte sich über einen Vergleichsvorschlag nicht einigen, auch konnte ein Schiedsspruch gefällt werden, da, wie hernach den Parteien mitgeteilt wurde, die Arbeitgebervertreter im Kriegsausschuss erklärten, der Standpunkt der Firma sei richtig, während die Arbeitnehmer- und Angestelltenvertreter im Kriegsausschuss die Forderung der Angestellten nach weiterer genereller Erhöhung der Einkommen sowie auch die geforderte Bezahlung der von Vorgesetzten angeordneten Ueberstunden für gerechtfertigt erklärten. Der Kriegsausschuss hat also in diesem Falle verlagert, und mit dieser Erklärung an die Parteien wurde die Verhandlung beendet.

Die Angestellten des Warenhauses W. brachten ihre Beschwerde wegen Ablehnung einer Gehaltserhöhung gleichfalls im Kriegsausschuss vor. Auch hier handelt es sich um mehrere tausend Personen. Die Verhandlungen haben sich bereits mehrere Wochen hingezogen, ohne daß eine Verständigung gelang. Da ein Angestelltenausschuss bei dieser Firma zurzeit noch nicht besteht, mußte entsprechend dem Gesetz eine freigewählte Kommission der Angestellten als die berechnete Vertretung anerkannt werden. Dies ist vom Kriegsausschuss auch ausdrücklich anerkannt. Für die weitere Erzielung dieser Angelegenheit wurde sodann auf Vorschlag des Kriegsausschusses unter Zustimmung der beiden Parteien festgelegt, daß die Gehalts- und sonstigen Differenzen (Mehrfachzahlungen) der Angestellten zur nochmaligen Verhandlung an den Betrieb zurückzuverweisen werden mit der Maßgabe, daß ein Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und ein Vertreter der Arbeitgeberseite gemeinsam mit der Direktion und der oben bezeichneten freien Kommission der Angestellten die Verhandlungen führen soll. Einzugelassen wurde noch, daß, wenn bis Montag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, eine Verständigung nicht erfolgt ist, der Kriegsausschuss in seiner nächsten Sitzung einen Schiedsspruch fällen wird.

Verbandstag des „Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands“.

Nach Erledigung von Beschwerden erfolgte die Statutenberatung nach dem Bericht der Kommission. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, den Titel des Verbandes in „Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands“ zu ändern. Das Wort „freien“ ist also gestrichen worden. Der § 1 des Statuts wurde einstimmig nach dem Vorschlage des Hauptvorstandes geändert. Damit fällt der Passus, der im bisherigen Statut als einer der Mittel zur Erreichung des Verbandszwecks die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichnete, fort. Die vorher lebhaft diskutierte Erhöhung des Monatsbeitrages von 2 M. auf 2,50 M. wurde beschlossen. — Die bisherigen Unterstützungsfälle bleiben an sich bestehen. Es tritt jedoch folgende Erweiterung der Bestimmungen über die Unterstützung ein. Während bisher die höchste Unterstützung von fünfzehn Jahre der Mitgliedschaft ab 600 M. betragen sollte, wurde hinzugefügt, daß sie im zwanzigsten Jahre der Mitgliedschaft auf 600 M. und im fünfundschwanzigsten Jahre auf 750 M. steigt. — Der Titel des Verbandesorgans wird in „Der Gastwirt“ geändert, die Beifügung „freie“ kommt in Wegfall. Der Beschluß des Verbandstages von Nürnberg, wonach zum Heeresdienst eingezogene Mitglieder Beiträge nicht zu entrichten haben, wird aufgehoben. Statt dessen wird beschlossen: Mitglieder, welche zum Heeresdienst eingezogen sind oder werden, kann auf ihren Antrag der Beitrag erlassen werden, wenn die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, bei welcher sie Mitglied sind, nach Prüfung der Sachlage dies befürwortet. In Fällen, in denen der Beitrag erlassen wird, tritt eine Erweiterung der Rechte der Mitglieder erst ein, nachdem wieder volle Beiträge entrichtet werden.

Der Antrag Nürnberg, für Nürnberg und anliegende Bezirke einen Sekretär anzustellen, wurde dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ebenso ein dazu noch ge-

stellter Antrag, den Hauptvorstand zu ermächtigen, überall dort, wo sich die Gründung einer Geschäftsstelle für notwendig erweist, eine Beihilfe in Höhe bis zu 1000 M. zu gewähren.

Ein Antrag der Verwaltungsstelle Plauen i. V. erstrebt die Bildung eines selbständigen Bezirkes für den Kreis Vogtland und verlangt außerdem, es solle bei den Regierungen Stellung genommen werden, dahin, daß die während des Krieges aufgelaufenen Hypothekenzinsen bis auf weiteres und bis zur Beendigung des Krieges in weitgehendster Form gestundet werden mögen. Auch dieser Antrag wurde dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde der Antrag der Verwaltungsstelle Regensburg: „Um Material zur eventuellen Errichtung eigener eigenen Verbandsgastpflichtversicherung zu sammeln, sind alle Unfälle und die Höhe der dafür aufgewendeten Summen, sowie die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge alsbaldmöglichst zusammenzustellen und es ist dem Verbandstag darüber zu berichten.“

Die Stellungnahme zu der Genossenschaftsbewegung im Verband betraf ein weiterer Punkt der Tagesordnung. Ein Referent war hierzu nicht bestellt. In reger Debatte wurde von verschiedenen Rednern an der Hand praktischer Erfahrungen, die in einer Anzahl von Orten gesammelt sind, die hohe Bedeutung des Genossenschaftswesens und der Schaffung von Einkaufsvereinigungen für die Gastwirte betont. Eine Resolution, die die Förderung solcher Einkaufsgenossenschaften für das Gastwirts-gewerbe befürwortet, wurde einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung war damit erledigt. Paul Liffin als Verbandsvorsitzender und Max Gienke als Hauptkassierer wurden einstimmig wiedergewählt.

Am Donnerstagsabend erreichte der Verbandstag sein Ende.

Parteinachrichten.

Ein wichtiges Urteil.

Dieser Tage ist ein wichtiges Urteil von dem Bremer Landgericht unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Sobelmann ergangen. Der Sozialdemokratische Verein in Bremen hatte seinerzeit an den Verlag Schmalfeldt u. Co. ein Darlehen von 30 000 M. gegeben. Nach der Parteisplaltung klagten die „Unabhängigen“ auf Rückzahlung. Außer einer Reihe von formalen Gründen ist diese Klage jetzt auch aus materiellen Gründen abgewiesen worden und dieser Teil des Urteils ist politisch interessant. In dieser Beziehung heißt es in dem Urteil:

Die Firma Schmalfeldt u. Co. bestritt, daß derjenige Verein, dessen angeblicher Vorstand an den Kläger die Darlehensforderung abgetreten habe, identisch sei mit demjenigen sozialdemokratischen Verein, der nach der Behauptung der Klage das Darlehen gegeben habe. Nach der klägerischen Darstellung ist um die Wende des Jahres 1916/17 eine Minderheit und zweifellos eine sehr beträchtliche Minderheit aus dem Verein ausgetreten. Dieser soll jedoch nach der Behauptung des Klägers seine in sich geschlossene Gestalt beibehalten haben. Der Kläger gibt aber zu, daß gleichzeitig nicht nur die Bremer „Bürger-Zeitung“ als Parteiorgan von der zurückbleibenden Mehrheit aufgegeben sei, sondern auch, daß der politische Anschluß an die allgemeine Sozialdemokratische Partei Deutschlands preisgegeben wurde. Dieser Anschluß war aber die Grundlage des ehemaligen sozialdemokratischen Vereins, der nach seinen Statuten nach Maßgabe des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die spezielle Parteiorganisation Bremens bildete und dessen Zweck es war, Aufklärungen über Grundzüge und Forderungen dieser Partei zu verbreiten. Wenn gleichzeitig mit dem Austritt einer bedeutenden Minderheit die Zwecke und Ziele des Vereins so grundlegend geändert wurden, so liegt es nahe, zu sagen, daß damit der bisher bestehende Verein aufgelöst ist und daß auch die Mehrheit den Verein nicht mehr repräsentiert, selbst wenn sie den Namen des alten Vereins weiterführt. Derjenige Verein, dessen Vorstand nach Behauptung der Klage über das Vermögen des Vereins verfügt hat, war also dazu nicht mehr berechtigt, ganz abgesehen davon, daß nach den Statuten im Falle einer Auflösung des Vereins über Vermögen lediglich nach den Beschlüssen einer Generalversammlung Verfügung hätte getroffen werden dürfen.

Das ist das zweite Gericht, das mit guten Gründen die Sophistik der Unabhängigen ablehnt, die unter alter Firma ein neues Geschäft betreiben möchten.

J. R.

Die „Internationale Korrespondenz“ veröffentlichte dieser Tage einen Artikel, in dem eine neue Kränzelerschaft des Fürsten Bülow in folgender origineller Weise bekämpft wurde:

„Bülow stand in diesen schicksalsschweren Jahren (nämlich nach 1897) an der Spitze der deutschen auswärtigen Politik. Er tat nichts. Er redete. Er sah die Entfischung der englisch-französischen Entente, aber — er cedete bismarckisch. Als die Ereignisse zu Laten drängten, wurde er Pazifist. Keine Spur von bismarckischer Tatkraft. Das Ausland denunzierte Deutschland als kriegerische Macht, während Bülow alle Gelegenheiten unüberbrüchlich übergeben ließ, um günstige militärische Entscheidungen herbeizuführen... Er konnte zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine englische Allianz haben; er verwarf sie. Er konnte im Jahre 1905 einen günstigen Krieg mit Frankreich führen, um dem französischen Volke den Delaßollesaus ein für allemal auszu-treiben und die antideutsche Koalition im Reime zu erstickten. Auf-land lag platt zu Boden, der Krieg mit Japan und die inneren Revolutionszustände paralysierten es vollständig; England war bei weitem noch nicht kriegsbereit. Aber Bülow war Pazifist aus purer Unfähigkeit.“

Wir glauben den Verfasser darin richtig zu verstehen, daß er eine Politik kriegerischer Maulschneise ohne den eigentlichen Willen zur Konsequenz für die verhängnisvollste von allen hält. Daß Bülow — und nicht er allein — eine solche Politik zum Schaden des Reiches getrieben hat, ist nur allzu wahr.

Einen seltsamen Eindruck macht es allerdings, wenn ein Sozialist einem Staatsmann scheinbar den Vorwurf macht, daß er keine Kriege geführt habe. Und dies veranlaßt uns zu einer allgemeinen Bemerkung. In der bürgerlichen Presse wird die „J. R.“ oft als „das Organ der Reichssozialisten“ angeprochen. Diese Bezeichnung ist vollkommen irreführend. Die J. R. ist ein aus privater Initiative hervorgegangenes Hilfsmittel der Redaktionen, aber kein Organ der Partei. Ihr sehr reicher Inhalt bringt neben Beiträgen, die jedem sozialdemokratischen Organ willkommen sein können, oft auch Neuerungen, die wohl von niemandem anderen gedeckt und vertreten werden, als von dem Verfasser selbst. Die Partei hat keinen Anlaß, in jedem solchen Fall ein Schechengericht zu veranstalten, aber sie als Ganzes für ihn verantwortlich zu machen, geht nicht an.

Aus den Organisationen.

Seit dem Jahre 1914 versammelten sich am 15. Juli zum erstenmal wieder die Vertreter des Wahlkreises Sorau-Nord in Sorau. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Oswald Schumann, hielt einen Vortrag zu den jüngsten politischen Ereignissen. Die Kreisgeneralversammlung bekannte sich in einer Entschließung zur Pflicht der Landesverteidigung und hieß die rege Arbeit des Parteivorstandes um baldige Herbeiführung des Friedens und um Wiederanfnahme der Beziehungen zu den ausländischen Bruderparteien willkommen. Ein Antrag, mit den Unabhängigen über gemeinsame Aktionen in Verbindung zu treten, wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Ebenso hielt der Wahlkreis Rastheim-Wipperfurth-Gummersbach am 15. Juli eine Generalversammlung ab. Am 1. Juli 1917 waren 818 männliche und 82 weibliche Mitglieder vorhanden. Neuerdings zeigt sich ein Aufschwung. Auch diese Kreisversammlung bekannte sich zur Landesverteidigung, forderte einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, Selbstregierung des Volkes und gerechte Verteilung der Lebensmittel zu angemessenen Preisen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins fand am Sonntag in Swidau statt, auf der die Delegierten zum Parteitag gewählt wurden. Aus der Versammlung wurde angeregt, die Vertretung des Parteiausschusses und der Fraktion auf den Parteitag zu beschränken. Um jene Genossen, die sich in günstiger materieller Lage befinden, zu einer höheren Beisteuer für die Partei anzuregen, werden Sondermarken im Werte von 25 und 50 Pf. betriebe werden.

Am Sonntag, 15. Juli, fand in Kulmbach die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Forchheim-Kulmbach-Regnitz statt. Die Verwaltungsgeschäfte des Kreises sind dem Gauvorstand übertragen. Den Bericht über die Tätigkeit der Kreisleitung in den letzten drei Jahren erstattete der Genosse Walter, der auch über den Würzburger Parteitag sprach. Genosse Panzer-Bayreuth besprach die Prekärhältnisse. Zur politischen Situation wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die Generalversammlung des Kreises Forchheim-Kulmbach-Regnitz begrüßt mit größter Begeisterung das energische Eintreten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für eine Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen und der Wahlrechte und für einen allgemeinen, die Völker veröhnenden dauernden Frieden. Sie erwarten von der Fraktion, daß sie in gleicher Festigkeit alle diesem Streben entgegenstehenden Hindernisse überwindet.“ Zum Delegierten für den Würzburger Parteitag wurde der Genosse Bentner-Regnitz gewählt.

In Sieben ist es zur Spaltung gekommen. Der Führer der Unabhängigen forderte seine Leute nach dem Bericht unseres Siebener Parteiblattes auf, die „Oberdeutsche Volkszeitung“ abzusetzen und lieber ein bürgerliches Blatt zu abonnieren. Der Kreisvorstand wird gegen diesen Vorschlag vorgehen, weil er sich weigert, einen der Kreisliste gehörigen und auf seinen Namen auf der Bank angelegten Betrag überschreiben zu lassen.

Soziales.

Erst Arbeitsbindung, dann Familienunterstützung.

Die Firma „Rotopat“ verleiht an ihre im Heeresdienst stehenden Angestellten, deren Familien von der Firma eine laufende Unterstützung gewährt wird, ein Schreiben folgenden Wortlauts:

„Infolge der langen Kriegsdauer und der dadurch bedingten immer größer gewordenen geschäftlichen Schwierigkeiten sehen wir uns leider gezwungen, eine Neuregelung der von uns gewährten Familienunterstützungen (für Sie sind vom 2. 8. 14 bis einschließlich 31. Mai d. J. 1919 M. aufgewendet worden) vorzunehmen wie folgt:

1. Die Unterstützung wird — beginnend mit diesem Monat und bis auf weiteres — auf 30 M. für den Monat bemessen und jeweils am Monatschlusse gezahlt.

2. Die zukünftigen Zahlungen sowohl wie die seit Beginn dieses Jahres gezahlten Summen gelten als Ihnen gewährte Darlehensbeträge.

3. Sie sind verpflichtet: a) sich alsbald nach Ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst bei uns zu melden und b) auf unser Verlangen Ihre Dienste wieder unserer Gesellschaft zu widmen.

4. Die Tilgung der Darlehensbeträge erfolgt im Falle der Wiederaufnahme Ihrer Tätigkeit nicht etwa durch Lohnrücklagen, sondern dergestalt, daß wir für jeden Monat Ihrer tätigen, uns zufriedenstellenden Tätigkeit bei uns den 24. Teil des Gesamtbetrages der seit Beginn dieses Jahres gezahlten Unterstützungen streichen, so daß zur vollständigen Tilgung zwei Jahre ununterbrochener, uns zufriedenstellender Tätigkeit bedürfen.

Sollten Sie Ihre Dienste bereits nicht unserer Gesellschaft widmen oder sollte sich Ihre Tätigkeit bei uns aus anderen Gründen als gesundheitlichen nicht über zwei volle Jahre erstrecken, so sind Sie und im ersten Falle für den ganzen Betrag und im zweiten Falle für den nicht gestrichenen Teilbetrag des Gesamtbetrages der Unterstützungen zahlungspflichtig.

Zum Zeichen Ihres Einverständnisses wollen Sie den beigefügten Durchschlag dieses Schreibens an der durch ein + Kreuz kenntlich gemachten Stelle mit Ihrer Unterschrift (Vor- und Name) versehen und uns baldigst zusenden.

Die Zahlung des Unterstützungsbeitrages für Juni wird ohne weiteres erfolgen, hingegen wird für die Zahlungen ab Juli zur Bedingung gemacht, daß der von Ihnen unterschriebene Durchschlag in unserem Besitze ist. Es ist also für Sie von größter Wichtigkeit, daß Sie für unverzügliche Einfindung des unterschriebenen Durchschlages Sorge tragen.

Mit dem Inhalt dieses Schreibens erkläre ich mich durch meine nachstehende, eigenhändige Unterschrift einverstanden.“

So sehr wir es als durchaus lobenswert anerkennen, daß eine Anzahl Firmen den Familien ihrer zum Heeresdienst einberufenen Angestellten während der Dauer der Einberufung eine laufende Unterstützung gewähren, so sehr aber auch müssen wir es beurteilen, daraus eine besondere Bindung der Angestellten herleiten zu wollen. Wir halten das geradezu für einen Verstoß gegen die guten Sitten, zumal wenn, wie im vorliegenden Falle, nachträglich ein Angestellter die für zwei Jahre bezogene Unterstützung als Darlehen anerkennt und dieses in der im Schreiben vorgezeichneten Weise zur Tilgung gebracht werden soll. Ursprünglich hat niemand an ein Darlehen gedacht. Die Firma hat die Unterstützung gewährt als einen Ausfluß des Treueverhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das nicht verlöschen soll, wenn der Angestellte seine höchste staatsbürgerliche Pflicht erfüllen muß. Als eine solche Leistung ist die Unterstützung angenommen. Und sie würde auch aller Wahrscheinlichkeit nach den Angestellten verpflichtend haben, seine Dienste der Firma wieder zur Verfügung zu stellen.

In dieses reine Verhältnis wird jetzt ein arger Miston gebracht. Was ist eine zufriedenstellende Tätigkeit? Wer entscheidet darüber? Was bietet die Gewähr, daß den Angestellten auch ein den Treueverhältnissen entsprechender Lohn gezahlt wird? Ist eine nach Lage der Verhältnisse begründete Forderung auf Verbesserung des Gehalts eine unzutrudelnde Betätigung?

Man fordert die Firma aber auch in dem Falle Erstattung des „Darlehens“, wo aus gesundheitlichen Gründen die Fortsetzung des Dienstverhältnisses unmöglich ist. Wehr kann man in der Tat nicht fordern.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, welch weitgreifender sozialpolitischer Fürsorge zugunsten der entlassenen Kriegsteilnehmer es bedarf. Es muß, um Fälle der hier in Betracht kommenden Art zu treffen, bestimmt werden, daß aus der etwaigen Gewährung von Unterstützungen kein Recht zum Wiedereintritt des früher Beschäftigten hergeleitet werden darf und daß solche Unterstützungen als verfallene Schuld zu gelten haben.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (N. a. G. Hamburg). Filiale Berlin 4. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei H. Reinisch, Große Frankfurter Straße 30. Tagesordnung: Kassenericht, Verschiedenes.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 22. Juli, von 3-6 Uhr Nachm. und Aufnahmefest in den Restaurants Gerthstr. 12/13 und Rudower Str. 14.

Verantwortl. i. Politik: Dr. Franz Dietrich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Redaktion: für Inserate: H. Hoff, Berlin, Friedr. u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutsche Gegenoffensive in Ostgalizien.

Michaelis' Antrittsrede.

War es klug?

War es klug, neuer Herr Reichskanzler, daß Sie Ihre von aller Welt in atemloser Spannung erwartete Antrittsrede mit einem Exkurs über die Entstehungsurache des Krieges einleiteten? Kein Mensch hat daran gezweifelt, daß Sie über diese Frage genau so denken, wie der größte Teil des deutschen Volkes und daß Sie darüber anders urteilen als die vielen Millionen draußen, die Deutschland an der Entfesselung dieses ungeheuren Weltelends die Schuld beimessen. Jene brauchen Ihre Stärkung nicht, diese werden Sie nicht überzeugen. Sie haben aber den Journalisten der Entente, die viel schlauer sind, als Sie ahnen, Gelegenheit gegeben, die Debatte von dem ihnen peinlichen Thema des Kriegsendes auf das ihnen genehmere des Kriegsausgangs abzulenken und zu sagen, daß Sie, Herr Reichskanzler — neuer Mann und gestern noch „unbeschriebenes Blatt Papier“ — sich zum „vollbewußten Träger des schuld beladenen Systems“ gemacht hätten. Jeder Journalist, der die Presse des feindlichen Auslandes in den letzten drei Jahren berufsmäßig verfolgt hat, würde Ihnen geraten haben, diesen taktischen Fehler — für einen Friedenskanzler, der Sie ja sein sollen — zu vermeiden.

War es klug, Herr Reichskanzler, daß Sie uns weiter ein völkerrechtliches Kolleg über den U-Bootkrieg lösen? Auch hier kommt der Streit der Fakultäten niemals zum Austrag, weil von beiden Seiten in verschiedenen Jüngern geredet wird. Der deutsche Mann, die deutsche Frau, die mit schmerzenden Füßen um ein Pfund Kartoffeln stehen, sagen sich: „Wenn der U-Bootkrieg ein Mittel ist, den Krieg schneller zu Ende zu bringen, warum soll er dann nicht geführt werden? Wenn wir hungern, warum sollen es die Engländer nicht auch? Aber dieser einfache Gedankengang läßt sich nicht ins Englische, ins Französische, ins Norwegische übertragen, und die Schiffersfrau, die mit rotgeweinten Augen ihres Mannes harzt, fühlt eine seelische Erleichterung, wenn sie in ihrem Blatte liest, daß die Deutschen schändliche Piraten sind. Auch hier steht Volk gegen Volk, Empfinden gegen Empfinden, und die Professoren des Völkerrechts sind nichts als die Interpreten dieser nationalen Gefühlswelt. Kein Mensch zweifelt nun daran, daß ein preußischer Unterstaatssekretär, der Reichskanzler geworden ist, die in Deutschland verbreitete Auffassung teilt. Wozu der gegnerischen Brechhebe das bequeme Stützpunkt liefern, der neue deutsche Kanzler, der Friedenskanzler (drüben im Gänsefußchen gefest) habe sich zum begeisterten Lobredner einer Sache gemacht, die aus den oben schon angeführten Gründen drüben nun einmal nicht populär sein kann?

Vielleicht, Herr Reichskanzler, war es klug, daß Sie sich mit so scharfen Worten gegen diejenigen wandten, die dem U-Bootkrieg zu einem bestimmten Termin einen England verschmetternden Erfolg prophezeit hatten, während Sie nur sagen: an einem Tage, der gewiß kommt, ungewiß aber wann, werde dieser U-Bootkrieg die Widerstände überwunden haben die sich in England dem Friedensbedürfnis entgegenstellen. Das war ein Stich durch die Tapete, der traf! Wußten sie aber auch wen? Waren Sie überrascht, daß die Linke wie aus einem Munde rief: „Helferich! Helferich!“ Haben Sie bemerkt, wie Herr v. Seydewitz brand bloß wurde? Vielleicht war es klug, aber doch nur dann, wenn Sie wußten, welche Gegnerschaften Sie sich damit auf den Hals luden. Jochimke, Jochimke, hüte dich!

Vielleicht, Herr Reichskanzler, wäre es klüger gewesen, wenn Sie vermocht hätten, Ihrer Zustimmung zu dem Friedensprogramm des Reichstages einen etwas noch stärkeren Akzent der Ueberzeugung zu geben, um den Verdacht zu vermeiden, Sie stimmten ihm nur mit halbem Herzen zu. Ein Mann des halben Herzens kann in dieser schweren Zeit das Reich nicht leiten. Sie haben sich im Wesentlichen, im Entscheidenden auf den Boden des Reichstagsprogramms gestellt, und Sie haben damit eine Erklärung abgegeben, die gerade genügt. Aber Sie haben nicht den Eindruck erweckt, als hätten Sie sich dazu berufen, Kräfte, die an dieser klaren Erklärung biegen und deuteln wollen, aus eigener Kraft der Ueberzeugung Widerstand zu leisten. Und doch muß die äußere Politik des Reiches fortan nach den Richtlinien dieses Programms geleitet werden. Das Friedensprogramm des Reichstages ist der Willensausdruck des deutschen Volkes, es schafft Weltgeschichte. Eine Tatsache ist damit in die Welt gesetzt, gegen die keine Regierung aufkann.

Nicht klug war es, Herr Reichskanzler, daß Sie sagten, Sie würden sich die Führung nicht aus der Hand winden lassen. Sie sagten das in dem Augenblick, in dem der Reichstag die Führung tatsächlich übernahm. Was er damit geleistet hat, ist wichtiger als die von Ihnen freundlich in Aussicht gestellte „Besetzung einzelner leitender Stellen mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen“. Dies war eine recht unglückliche Wendung. Denn der unbefangene Hörer fragte sich erstaunt: „Warum sollen nur einzelne leitende Stellen mit Männern besetzt werden, die das Vertrauen des Volkes besitzen, warum nicht alle, warum nicht auch die wichtigsten?“ Und schließlich braucht man es nicht — von Ihrem Plaque aus — in die Welt rufen, daß es in Deutschland an leitenden Stellen Männer gibt, die nicht das Vertrauen des Volkes genießen. Ein Dualismus zwischen Männern des Volksvertrauens auf der einen Seite und gehobenen Geheimräten auf der anderen Seite wäre der Sache der letzteren um wenigsten förderlich.

Herr Präsident Kaempf hat Ihnen das gut allfreisinnige Wort entgegengerufen: „Wir vertrauen...“ Sie haben aus dem Munde unseres Genossen Scheidemann gehört, daß dieses Vertrauen mit einem ganz gehörigen Korn Salz zu versehen ist. Nebel sagte, Mißtrauen sei eine demokratische Tugend. Jedenfalls ist vorteiliges Vertrauen ein allliberales Raster, dem die Sozialdemokratie nicht zu verfallen gedenkt. Nicht die Sozialdemokratie und nicht die Massen des Volkes, die hinter ihr stehen! Bedenken Sie, diese Massen

Artillerieschlacht in Flandern — Französischer Höhenstellung bei St. Quentin erstürmt — Stoßtruppgefechte in Wolhynien und Ostgalizien — Russenangriff bei Kalusz.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. Juli 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nimmt die Artillerieschlacht ihren Fortgang. Trotz Regens war die Kampftätigkeit der zusammengedragenen Artilleriemassen bei Tage und während der Nacht sehr stark.

Gewaltsame Erkundungen der Engländer im Küstenabschnitt und östlich von Ypern wurden vor unseren Linien zum Scheitern gebracht.

An der Artois-Front war die Feuerfähigkeit an mehreren Stellen vom La Bassée-Kanal bis auf das Südbufer der Scarpe lebhaft.

Südlich von St. Quentin häuften heftige Truppen nach starker Feuerwirkung die französische Höhenstellung in 1 Kilometer Breite. Der Feind ließ eine größere Zahl von Gefangenen und mehrere Maschinengewehre in unserer Hand und erhöhte seine Verluste durch Gegenangriffe, die abends und morgens von den gewonnenen Gräben ergebnislos zusammenbrachen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Gefechtsfähigkeit blieb meist in geringen Grenzen; zeitweilig lebte sie in einzelnen Abschnitten an der Aisne, in der Champagne und auf dem linken Maas-Ufer auf. Am Hochberg zwang unser Beschießungsfeuer die Franzosen, Teile des kürzlich dort gewonnenen Bodens zu räumen. Im Walde von Woocourt führte ein eigener Angriff zur Wiedernahme einiger tags zuvor verlorener Stellungsteile.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die schon seit Tagen regere Feuerfähigkeit südlich von Danenburg und Smorgon hielt auch gestern an.

Nordwestlich von Luce und an der ostgalizischen Front brachten Stoßtruppunternehmen, die auch eine Zunahme des Feuers zur Folge hatten, zahlreiche Gefangene ein.

Südlich des Dnjestr griffen die Russen die südlich von Kalusz von uns zurückgewonnenen Höhenstellungen mit starken Kräften an; sie sind überall unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden.

Zwischen den Waldkarpaten und dem Schwarzen Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See, am Dobropolje und auf dem linken Bardar-Ufer lebhaftere Feuerfähigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 19. Juli 1917, abends.

In Flandern dauert die Artillerieschlacht an. Herausgefordert durch die Offensive, welche die russische Armee auf Befehl ihrer Regierung und trotz ihrer Friedensbetenerungen an unseren Fronten unternommen hat, sind wir in Ostgalizien zum Gegenangriff übergegangen. Deutsche Korps haben die Stellung der Russen östlich von Boczow in breiter Front durchbrochen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Juli 1917. (W. L. S.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalusz versuchten die Russen mit Einfach starker Kräfte, die ihnen entziffenen Höhen zurückzugewinnen. Ihre Anstrengung scheiterte unter schweren Feindverlusten. Nordlich des Dnjestr blüht gegen Brody östern erfolgreiche Stoßtruppenunternehmen lebhafteres Geschützfeuer aus, das sich namentlich heute früh in einzelnen Abschnitten zu beträchtlicher Heftigkeit steigerte. Auch in Wolhynien traten österreichisch-ungarische und deutsche Stoßtruppen mit günstigem Ergebnis in Tätigkeit.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

neigen zu ausgeprochenem Mißtrauen; dieses zu überwinden, dazu gehört sehr viel Klugheit und sehr viel demokratisches Verständnis für ihre Empfindungen und Interessen. Daß aber heute nicht nur an dieser oder jener Stelle, sondern an der leitenden Stelle selbst ein Mann stehe, der das Vertrauen des Volkes besitzt, darauf kommt alles an!

Die Petersburger Ereignisse des 16. Juli.

Petersburg, 17. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer Sitzung während des ganzen gestrigen Abends und der Nacht trat der Arbeiter- und Soldatenrat um 8 Uhr morgens mit dem Vollziehungsausschuß des Bauernrates zusammen. Die Sitzung dauerte bis 6 Uhr. Mit allen gegen 10 Stimmen, bei Stimmenthaltung der Majorität, wurde die vor der Abstimmung den Sitzungsaal verließen, wurde eine Entschließung angenommen. Diese ergänzt den seit dem Morgen angeschlagenen Aufruf und ist in nicht weniger kräftigen Ausdrücken gehalten.

Es wird darin zuerst an den Austritt der Kadettenminister erinnert und an die gemeinsamen Erörterungen des Arbeiter- und Soldatenrates und des Bauernrates zur Lösung der Krise, Erörterungen, die durch die Kundgebungen unterbrochen wurden. Bewaffnete kamen bis zum Laurischen Palais, wo Mitglieder des Ausschusses tagten, und verlangten, daß diese die Macht in ihre Hand nähmen. Aber gerade diejenigen, die nach der Macht verlangten, heißt es in der Entschließung, waren die ersten, die gegen die Macht austraten. Der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates und der Bauern von ganz Rußland weist mit Entschiedenheit alle Versuche zurück, seinen Willen durch einzelne Kruppenabteilungen zu beeinflussen. Die Verantwortung für das Blut, das auf den Straßen von Petersburg vergossen worden ist, trifft diejenigen, die es getoht haben, zu veranlassen, daß zu diesem Zwecke Bewaffnete austraten. Alle diese Handlungen sind mit Rücksicht auf unser revolutionäres Heer, das an der Front die Errungenschaften der Revolution verteidigt, Handlungen des Verrates und der Verratsucht. Jeder, der den Willen der berufenen demokratischen Organe zu beeinflussen sucht, jeder, der Zwietracht in deren Reihen sät, führt einen Dolchstoß in den Rücken des revolutionären Heeres, das gegen die Kruppen Wilhelm kämpft.

Die Entschließung wendet sich dann gegen die bedauerlichen Anzeichen der Zerjegung, die das ganze Ansehen der Nation herabsetzen. Die Ausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrates und der Bauern verlangen ein für allemal, daß allerderartigen Handlungen ein Ende gemacht wird, die das revolutionäre Petersburg entehren.

Petersburg, 18. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ministerpräsident Fürst Stow hat am 17. Juli an alle Regierungskommissare in der Provinz folgende Zirkulardepesche gerichtet:

Als Antwort auf Ihre Anfrage im Ministerium des Innern teile ich Ihnen mit, daß die Gerüchte über die Verhaftung der Mitglieder der Provisorischen Regierung falsch sind. Was die Kräfte anbelangt, welche dazu aufzuredern, mit bewaffneter Hand die Regierung zu stürzen und alle Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen, so hatten diese Kräfte den Charakter eines unverantwortlichen Vorgehens der Anhänger der extremen Minderheit und wurden von der Bevölkerung feindselig aufgenommen. Gleichzeitig ergreift die Regierung in völliger Uebereinstimmung mit den Arbeiter- und Bauernräten Maßnahmen, die dahin zielen, Ereignisse zu be-

schwören, welche eine unglückliche Rückwirkung auf den Staat haben könnten.

Die Zirkulardepesche Zwows schließt: Die Ereignisse von gestern und heute haben vorläufig die Besprechungen über die Bildung der Regierung im ganzen unterbrochen, aber nach Beendigung der Unruhen werden diese Besprechungen alsbald wieder aufgenommen werden, um ein Kabinett zu schaffen, in dem wie im vorhergehenden Kabinett Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen vertreten sein sollen, was die ausführenden Ausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte vollkommen billigen.

Blutiger Zusammenstoß auch am 17. Juli.

Petersburg, 18. Juli. (Neuermeldung.) Am Abend des 17. Juli brachten der Passagierdampfer Kossin und eine Flottille von Schleppbooten viele Tausend Matrosen, Soldaten, Arbeiter und Arbeiterinnen von Kronstadt nach Petersburg. Heute trugen Matrosen Banner mit Aufschriften gegen die Regierung durch die Stadt. In dem Aufzug sah man auch das Banner des Kronstadter Anarchistenklubs mit der Aufschrift: Weg mit der Regierung! (Es lebe die Kommune! In einer Ecke des Newski-Prospektes wurden wie in der vorigen Nacht Schüsse abgegeben. Unmittelbar darauf feuerten die Maschinengewehre blind darauf los. Es entstand eine allgemeine Panik. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt. Auch auf dem Liteny-Prospekt wurde geschossen.

Petersburg, 18. Juli. (Neuermeldung.) In den Bureaus des Generalstabes und auf dem Platz vor dem Winterpalais lagern Regierungstruppen, Kanonen sind aufgestellt. General Polosjew bleibt in enger Fühlung mit seinen Soldaten.

London, 19. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Nach dem Hauptbureau des Kommissars des Liteny-Distriktes wurden gestern über hundert verwundete gebracht. Am Abend begegnete Reuter und Arbeiter der Roten Garde einem Trupp unbewaffneter Kosaken und beschossen sie; dabei wurden mehrere Personen getötet und verwundet. Auf dem Newski-Prospekt wurden Kosaken von einem in voller Ausrüstung mit Rußi und rosa Fahnen vorbeiziehenden Regiment beschossen. Vier wurden fünf Personen getötet und 25 verwundet. Man glaubt, daß die Entscheidung zwischen den feindlichen Parteien unmittelbar bevorsteht. Skobelew ist auf dringenden Ersuchen des Ministerpräsidenten von der Front zurückgekehrt, um seinen Einfluß auf die Arbeiter geltend zu machen.

Nach einer anderen Neuermeldung drangen am 18. 7. um 1 Uhr morgens Abteilungen der Garderegimenter Zmailowski und Simeonowski mit ihren Offizieren in den Laurischen Palais ein, stimmten die Marschälle an und brachten Hurrtarufe auf die Zentralbehörden des revolutionären Rußlands aus. Skobelew und Skobelew hielten Ansprachen an die Soldaten, wobei Skobelew auf den Unterschied zwischen Demokratie und Anarchie hinwies.

Die Kabinettskrise.

Amsterdam, 19. Juli. „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, Fürst Zwow stellte Bedingungen für sein Verbleiben im Amte. Die Schwierigkeiten der Volksernährung nähmen zu.

Petersburg, 19. Juli. (Neuermeldung.) Ein außerordentlicher Kabinettsrat hat über einen Antrag, den sich der einseitigen Regierung nach Moskau zu verlegen, beraten.

Amsterdam, 19. Juli. Nach einem hiesigen Blatte erfährt die Exchange Telegraph Co. aus Petersburg, daß Eisenbahnminister Retzoff aus der Kadettenpartei ausgestiegen ist weil sie die Regierung im Stiche gelassen habe.

Petersburg, 19. Juli. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die gemeinsame Versammlung des Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte und des Ausschusses der Bauernvertreter hat heute nacht die durch die Ministerkrise geschaffene Lage besprochen. Sie hat eine Entschliessung angenommen, in der erklärt wird, daß der Rücktritt der Minister der Kadettenpartei nicht als Vorwand dafür dienen dürfe, die Regierung der Unterstützung der revolutionären Demokratie zu verweigern. Andererseits aber wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Rücktritt dieser Minister es nötig macht, daß die Demokratie von neuem ihre Aufmerksamkeit im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick der Organisation der Regierungsgewalt widmet.

Die Versammlung beschloß, in vierzehn Tagen eine allgemeine Versammlung der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte und der Vertreter der Bauernräte einzuberufen. Die Entschliessung erklärt, daß bis zur erfolgten Lösung die gesamte Regierungsgewalt bei der gegenwärtigen Regierung verbleiben müsse, die nach den Beschlüssen des letzten allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands handeln solle.

Rotterdam, 19. Juli. Nach dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ wird der „Daily News“ aus Petersburg über die Ereignisse am Dienstag gemeldet: Als der Rücktritt der Minister der Kadettenpartei allgemein bekannt wurde, ging der Sturm los. Man sah das Ereignis als einen Beweis für die Schwäche der Regierung an. Zuerst wurde ein Eisenbahnzug auf der finnischen Bahnlinie von einer Gruppe Soldaten mit Maschinengewehren in einer Station außerhalb von Petersburg angehalten. Darauf begann man in Petersburg selbst mit der Anhaltung von Automobilen. Auf dem Newski-Prospekt erschienen, wie an den Tagen der Revolution, Automobile mit Soldaten und Maschinengewehren und Panzerautomobile. Verschiedene Fabriken hatten die Arbeit eingestellt. Das erste Maschinengewehrregiment und andere Soldaten befanden sich auf dem Newski-Prospekt, als ungefähr in der Mitte der Straße Schüsse knallten. Es entstand eine allgemeine Schiere. In der Panik wurden viele Frauen zu Boden getreten, aber die Anzahl der Verwundeten war verhältnismäßig klein. Zum Schluß kam es zu einem regelrechten Feuer aus den Maschinengewehren in den Automobilen und zu Gewehrfeuer auf der Brücke vor der britischen Botschaft.

In Moskau die Straßenkundgebungen verboten.
Moskau, 18. Juli. (Reuter-Meldung.) Der Arbeiter- und Soldatenrat erörterte die Ereignisse in Petersburg und beschloß mit 442 gegen 242 Stimmen, in Moskau alle Straßenkundgebungen zu verbieten. Die Maximalisten, die bewaffnete Demonstrationen wünschten, erhoben dagegen Einspruch, daß die Teilnahme am politischen Leben behindert werden solle, und verließen den Sitzungssaal.

Stockholm.

Henderson für Beschickung der internationalen Sozialistenkonferenz

Stockholm, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Feuerreden Hendersons gegenüber einem Artikel der „Stockholms Tidningen“ bedeuten den vollen Gegensatz gegen Vandervelde und Thomas. Henderson erklärt sich als Anhänger der allgemeinen Konferenz; er ist nur gegen eine Majorisierung und Bindung, und will als Sekretär der Labour Party für die Konferenzbeschickung wirken. Kein Wort der Kritik findet er gegen die deutsche Mehrheitspartei. Er sagt aber, es müsse ein englischer Kongreß zur Aushebung des konferenzfeindlichen Manchesterschlusses und ferner die Konferenz der Ententesozialisten vorausgehen. Die russische Delegation ist von hier nach London abgereist; nur Kosanoff ist hier geblieben.

Der Angriff auf die deutschen Kohlenschiffe. Holland wird Genugtuung fordern.

Berlin, 19. Juli. Der niederländische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat dem Kaiserlichen Gesandten in Haag das tiefe Bedauern der Niederländischen Regierung über den englischen Angriff auf deutsche Schiffe an der holländischen Küste ausgesprochen und dabei dem festen Entschluß seiner Regierung Ausdruck gegeben, von England Genugtuung zu verlangen, sobald feststehe, in welchem Umfang ein Uebergriff auf die Niederländische Hoheitsgrenze vorliegt.

Haag, 19. Juli. (Meldung des Korrespondenzbureaus.) Amtlich. Der Minister des Auswärtigen gibt folgendes bekannt. Die Niederländische Regierung hat durch ihren Gesandten in London der britischen Regierung von dem Auftreten britischer Kriegsschiffe am 16. d. M. gegen deutsche Handelschiffe, die sich in den niederländischen Hoheitsgewässern befanden, Mitteilung gemacht, und den Gesandten beauftragt, die Regierung auf den Ernst des Vorfalles, bei dem eine unseugbare Verletzung der niederländischen Souveränität und Neutralität festzustellen hat, aufmerksam zu machen. Der Gesandte ist außerdem beauftragt, die Hoffnung auszusprechen, daß die britische Regierung für das Vorgefallene gemäß dem Völkerrecht und insbesondere dem Artikel 3 des Vertrages über das Recht und die Verpflichtung der neutralen Mächte im Falle eines Seckrieges vollständige Genugtuung gewähren wird.

Amsterdam, 19. Juli. Der Kapitän der Renate Leonhardt berichtet über den Angriff der Engländer: Wir fuhrten 2 1/2 Meilen von der holländischen Küste entfernt innerhalb der niederländischen Hoheitsgewässer. Plötzlich sah ich zwei unserer Schiffe direkt auf die Küste zufahren. Ich richtete zugleich englische Torpedojäger, änderte den Kurs landwärts und wurde unter Feuer genommen. Die Torpedojäger fuhrten nach einigen Augenblicken südwärts, so daß sie sich zurückziehen schienen. Ich ließ, da wir auf Strand gelaufen waren, die Anker fallen. Die Torpedojäger kehrten um, näherten sich auf dreiviertel Meilen und eröffneten Schnellfeuer auf das Schiff, das 800 Meter von der Küste entfernt war. Jetzt wurden die Boote ausgesetzt. Die Engländer feuerten ununterbrochen. Drei Mann der Besatzung wurden getötet.

Chile bleibt neutral.

Die Wolffs Bureau aus zuverlässiger Quelle meldet, hat das neue Ministerium in Chile, das aus den Führern der verschiedenen Parteien zusammengesetzt ist, alsbald nach seinem Zusammentreten eine erneute Neutralitätskündgebung erlassen.

Den Vorstoß des neuen Ministeriums führt der Senator Ismael Latorre, früherer Interministerischer Präsident der Republik und früherer Minister des Innern, Vorsitzender der liberalen Partei.

Norwegische Schiffsneubauten in Amerika beschlagnahmt.

Kristiania, 19. Juli. Laut „Morgenbladet“ hat der norwegische Reederverband von maßgebender amerikanischer Seite die Mitteilung erhalten, daß alle für norwegische Rechnung auf amerikanischen Werften bestellten Schiffsneubauten infolge Weisung des Präsidenten Wilson von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt werden sollen. Hierbei handelt es sich um etwa 270000 Tonnen Schiffsraum im Werte von ungefähr 200 Millionen Kronen. Für Norwegen sei die Frage wichtig, ob der Marktpreis oder der Vertragspreis erstattet werden würde.

Frankreich und Griechenland.

Paris, 18. Juli. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat seinen Vorsitzenden damit beauftragt, die Aufmerksamkeit Ribots auf die letzten Ereignisse in Athen zu lenken und auf die Notwendigkeit für die Schutzmächte, ohne Unterbrechung das Werk fortzusetzen, das sie zur Wiederherstellung der Ordnung und der Achtung der nationalen Einigkeit Griechenlands begonnen haben.

Paris, 18. Juli. Die Kammer hat mit 442 Stimmen gegen eine die Vorlage über die Einkommensteuer im ganzen angenommen.

Die Verwaltungstrennung in Belgien.

Berlin, 18. Juli. Im Zusammenhang mit der nunmehr durchgeführten Verwaltungstrennung sind im Generalgouvernement Belgien für die beiden Verwaltungsgebiete besondere Verwaltungschefs bestellt, außerdem ist die Finanzabteilung und die Abteilung für Handel und Gewerbe selbständig gemacht worden, so daß jetzt die folgenden sechs obersten belgischen Zivilbehörden für Belgien bestehen: 1. der Verwaltungschef für Flandern in Brüssel (umfassend die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ostflandern, Westflandern sowie die Kreise Brüssel und Löwen), 2. der Verwaltungschef für Wallonien in Namur (umfassend die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg, Namur, sowie den Kreis Nivelles), 3. die Politische Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien in Brüssel, 4. die Handelsabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien in Brüssel, 5. die Abteilung für Handel und Gewerbe bei dem Generalgouverneur in Belgien in Brüssel und 6. die Finanzabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien in Brüssel.

Trommelfeuer in Flandern.

Berlin, 19. Juli. (B. L. B.) In Flandern hat der Artilleriekampf am 18. Juli trotz unsichertem Wetter an Heftigkeit zugenommen. Nach einem gegen 9 Uhr abends niedergehenden heftigen Gewitter regnete sich das Feuer teilweise zu Trommelfeuer. Außerordentliches schweres Feuer lag besonders auf dem Abschnitt von Digue bis Wytschaete. Auch in der Nacht blieb die Artillerietätigkeit heftig. Im Geländeabschnitt nahe der Küste wurden zwei englische Vorkämpfer um ein halb 4 Uhr und 4 Uhr vormittags am 19. glatt abgewiesen, ebenso ein feindlicher Patrouillenvorstoß östlich Opren. Das am 17. in der Gegend Opren verbliebene Engländernest wurde am 19. bei Tagesgrauen nach erbittertem Kampfe gesäubert.

Im Raume von St. Quentin lag das Dorf Ribecourt teilweise unter schwerem Feuer. Bei dem gemeldeten am 18. Juli 9 Uhr 30 abends einsehenden erfolgreichen Vorstoß der belgischen Truppen südwestlich Quentin waren im Gegensatz zu unseren eigenen sehr geringen Verlusten die der Franzosen sehr schwer.

An der Aisnefront nahmen unsere Batterien und Minenwerfer 6 Uhr 45 vormittags gegenüber den neu benannten Stellungen südlich Courtecon erkannte Ansammlungen in den feindlichen Gräben unter wirksamem Vernichtungsfeuer. Gegen 7 Uhr versuchte der Feind nach kurzer Feuerpause aus seinen Sappen heraus zum Angriff vorzugehen. Nur an wenigen Stellen vermochte er seine Gräben zu verlassen und wurde hier in kurzer Zeit durch Infanteriefeuer vernichtet.

Die Kämpfe bei Kalusz.

Wien, 19. Juli. Aus dem Kriegspressequartier wird am 19. Juli abends mitgeteilt: Die Angriffe der Russen beantwortend, hatten heute früh die Verbündeten in Ostgalizien die Gegenoffensive ergriffen und die russischen Armeen östlich zwischen Bzow und dem obersten Sereth geworfen.



Russischer Seeresbericht vom 17. Juli. Besfront: Nordöstlich von Kalusz machten die Deutschen seit dem 16. Juli früh hartnäckige Angriffe, die durch unsere Truppen abgewiesen wurden. Aus taktischen Gründen wurden unsere Truppen, die das linke Ufer der unteren Lomniza besetzt hielten, auf das rechte Ufer zurückgenommen, wobei sie zwar Kalusz räumten, jedoch die wichtigen Anhöhenübergänge schützten. In der Gegend von Roviha-Idziany-Srana setzten unsere Truppen weitere Angriffe an, um den Feind über die Lomniza zurückzuwerfen; der Feind leistete erbitterten Widerstand. Gegen abend ergriffen seine dicht gestaffelten Massen von dem Dorf Berlosh-Ramenka aus die Gegenoffensive und anfangs schlugen sie unsere Truppen zurück und besetzten das Dorf Devija, Bruch eintreffende Vereinstschaften warfen den Gegner

aus dem genannten Dorf wieder hinaus. Abgeworfene russische Reiterregimenter beteiligten sich tatkräftig an der Abweisung der feindlichen Angriffe. Im Verlauf der Angriffe erlitt der Feind starke Verluste. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer.

Bericht vom 18. Juli. Besfront: Heftiges feindliches Artilleriefeuer bei dem Dorfe Rotutory südlich Brzegany und bei der Stadt Galica. Südlich des Dorfes Roviha, südlich von Kalusz, griffen feindliche Truppen nach heftiger Artillerievorbereitung an und nahmen eine von den Höhen. Unsere Truppen gingen langsam auf die Linien des Verejniza-Flusses zurück. Eine Stunde später griff der Feind von neuem von Roviha her unsere Truppen an, wurde aber in einem glänzenden Gegenangriff durch Infanterie und Kavallerie zurückgeworfen, und wir besetzten die erwähnte Höhe wieder.

Rumanische und Kaukasusfront: Nichts Bedeutames zu melden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Juli. Durch ein unserer U-Boote wurden im Englischen Kanal neuerdings drei Dampfer, zwei Segler vernichtet. Darunter befanden sich zwei bewaffnete beladene Frachtdampfer englischer Nationalität und der englische Dreimaß-Saafschoner Ocean Swell.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ versenkte ein deutsches U-Boot am 19. Juli den französischen Patrouillendampfer Ebnour Corbieres im östlichen Mittelmeer. Der Kommandant, ein Offizier und vier Matrosen sind umgekommen.

Depeschenwechsel Berlin-Wien.

Michaelis an Czernin.

Reichskanzler Dr. Michaelis hat am Mittwoch an den österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Czernin eine Depesche gerichtet, in der er die seit nunmehr fast vier Jahrzehnten bestehende „engste und treueste Bundesgenossenschaft“ feiert, ihre Aufrechterhaltung als seine vornehmste Pflicht bezeichnet und schließlich seinen festesten Glauben versichert, daß die beiden verbündeten Staaten siegreich aus diesem schweren Kampfe hervorgehen würden.

Graf Czernin antwortete in einem gleichgestimmten Telegramm, dessen Schlusspassus lautet: „Zu einem ehrenvollen Frieden bereit, sonst aber zu dem Kampfe bis auf das äußerste entschlossen, werden sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam die Bedingungen für eine ungeführte, friedliche Zukunft erzwingen.“

Und die Zensur?

Die „Frankfurter Zeitung“ fragt Herrn Dr. Michaelis, wie er über die politische Zensur denkt und erklärt, der Reichstag dürfe keinen Zweifel walten lassen, daß die endliche Befreiung der öffentlichen Meinung zu den Grundbedingungen geistlichen Zusammenarbeitens zwischen Reichsleitung und Volksvertretung gehört:

„Reinheit und Widertheit der Volksvertretung haben in dieser einen Frage genau das gleiche Interesse, und alle Parteien des Deutschen Reichstags haben diese Interessengemeinschaft anerkannt. Darüber herrscht Einigkeit, daß für Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Kriegführung und aller militärischen Fragen eine Zensur berechtigt, aber auch darüber, daß sie auf politischem Gebiet unberechtigt und höchst schädlich ist. Staatssekretär Helfferich hat am 12. Mai d. J. ausgesprochen, daß die Zensur nur noch geübt werden soll, wo rein militärische Fragen in Betracht kommen.“ Eine weitherzige Auslegung des Bürgerfriedensparagrafen hat die Militärbehörde verleitet, nach wie vor reinpolitische Zensur zu üben. Nicht nur solche Auslegung, sondern der Bürgerfriedensparagraf selbst, der ja längst sinn- und zwecklos geworden ist, muß fallen. Darauf sollte der Reichstag jetzt mit aller Entschiedenheit bestehen. Und er muß weiter verlangen, daß nicht eine militärische Instanz (der Kriegsminister als Obermilitärbefehlshaber) die letzte Entscheidung trifft, ob eine Frage militärischen oder politischen Charakters hat, sondern daß diese Entscheidung der verantwortlichen Stelle, dem Reichskanzler, übertragen werden. Die Volksvertretung ist jetzt in der Lage, ihren Beschluß und Durchsetzung zu erzwingen. Dem neuen Kanzler wird eine besondere Entschlossenheit und Willensfestigkeit nachgerühmt. Hier wird er von diesen Eigenschaften zum Besten des Vaterlandes und unserer Kriegführung Gebrauch machen können.“

Dieser Schmerzensruf wird bei allen Parteien ein kräftiges Echo finden. Man kann nicht die Freiheit des deutschen Volkes proklamieren, wenn seine Presse alles andere als frei ist. Es genügt nicht, daß der Reichstag platonische Fuldigungen der Regierungsvertreter vor der Presse beifällig anhört, er muß die Reichsleitung auch zwingen, nach ihren Erklärungen zu handeln und ihren Worten bei der stellvertretenden kommandierenden Generälen Respekt zu verschaffen.

Neue gewerbliche Betriebszählung.

Der Bundesrat hat beschlossen, eine Einschränkung der weiteren Bearbeitung der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 zu verfügen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hat eine außerordentliche Verschiebung in der Berufstätigkeit der Bevölkerung verursacht. Die Volks- und Betriebszählung vom 1. Dezember 1916 läßt die hierdurch eingetretene Umwälzung des Wirtschaftslebens und ihren Umfang nicht erkennen, weshalb sich das Kriegsamt entschlossen hat, eine neue gewerbliche Betriebszählung am 15. August d. J. vorzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Sturm im Unterhaus gegen Balfour.

Amsterdam, 19. Juli. „Algemeen Handelsblad“ berichtet aus London: Die Regierung teilte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses mit, daß sie mit der Ernennung der Kommission zur Untersuchung der mesopotamischen Angelegenheit nicht fortfahren werde, ferner, daß Lord Balfour dreimal um seine Entlassung gebeten, daß die Regierung seinem Ersuchen aber keine Folge gegeben habe.

Nach erregter Debatte stellte Balfour die Vertrauensfrage, worauf das Haus der Regierung mit 176 gegen 81 Stimmen das Vertrauen ansprach. Die Stimmung im Hause war der Regierung nicht günstig.

Explosionen.

München a. Ruhr, 19. Juli. Vorgefunden am Abend wurden auf der Füllstation der Thyssenschen Fabriken durch eine Explosion 17 Arbeiterinnen getötet und 25 verletzt.

Groß-Berlin

Hauptauschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

In dem Berliner Hauptauschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde bemängelt, daß die Entscheidung von Anträgen an die Landesversicherungsanstalt auf Uebernahme des Heilverfahrens sehr lange Zeit in Anspruch nehme. Wenn Kriegsbeschädigter und Berufstätiger Heilverfahren für nötig erachten, findet erst eine Untersuchung durch den Arzt der Kriegs-fürsorge statt; dann geht der Antrag an die Landesversicherungsanstalt, diese ordnet Nachuntersuchung durch ihren Vertrauensarzt an; darüber vergehen Wochen, ja Monate. In besonders eiligen Fällen soll das Heilverfahren durch den Hauptauschuss direkt eingeleitet und dann wegen Uebernahme der Kosten mit der Landesversicherungsanstalt in Verbindung getreten werden.

Bei der Verteilung des Reichszuschusses an den Kosten der Kriegs-fürsorge war Berlin schlechter bedacht worden als andere Provinzen im Reich. Bisher hat Berlin 100 000 M. aus dem für diese Zwecke zur Verfügung gestellten 5-Millionenfonds erhalten. In der jetzt vorgenommenen Schlussverteilung entfielen auf Berlin noch weitere 59 500 M. Eine Änderung des Verteilungsplans wird nicht eintreten, vielmehr wird die Verteilung nach der Bevölkerungszahl in Verbindung mit der Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen vorgenommen werden. Eine Anregung ging bekanntlich dahin, die Verteilung nach der Größe der Provinzen vorzunehmen. Das hätte zu großen Härten geführt, indem dann Provinzen, die zwar an Wohnfläche oben an stehen, die aber an Bevölkerungsziffer hinter anderen zurückstehen, demzufolge auch nicht hohe Aufwendungen zu machen haben, bedeutend besser gestellt worden wären als gerade Berlin. Die Stadt Berlin steht neben dem Rheinland an erster Stelle in bezug auf die Aufwendungen für die Kriegsbeschädigten.

Für diejenigen Kriegsbeschädigten, die infolge körperlicher Gebrechen nicht in der Lage sind, ihre Rechte und Ansprüche an die Militärbehörden selbst zu vertreten, soll die Einsetzung einer Plejgkafi nach § 1910 des Bürgerlichen Gesetzbuches beantragt werden. Es wurde beschlossen, eine Generalplejgkafi durch den Bureauleiter der Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle ausüben zu lassen, um durch einen Sachkundigen die Rechte der Kriegsbeschädigten vertreten zu lassen.

Es wurde Mitteilung gemacht, daß für Gehirnerkrankte in einem hiesigen Lazarett eine Schule eingerichtet worden sei. Da diese Räume jedoch den Anforderungen nicht genügen, soll die Schule nach Wuch verlegt werden.

Der Ausschuss stellt sich wie in früheren Fällen auf den Standpunkt, daß die Fürsorgefähigkeit sich auch auf die Kriegsteilnehmer zu erstrecken hat, die ohne Versorgung aus dem Heeresdienst entlassen wurden, weil ihre Krankheit nicht als Folge einer Dienstbeschädigung angesehen wird. Gleich dem Reichsausschuss erklärt der Ausschuss Berlin eine Änderung des Rechtsmittelverfahrens in Militärrentensachen für notwendig. Ob Dienstbeschädigung vorliegt oder nicht, muß der Nachprüfung impartialischer Instanzen vorbehalten bleiben. — Der Vorschlag, besondere Kammern bei den Oberversicherungsämtern einzurichten und die Berufung an das Reichsversicherungsamt zuzulassen, findet die ungeteilte Zustimmung des Ausschusses.

Die Gründung einer Organisation der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in Berlin wird zur Kenntnis genommen. Eine Veranlassung, dazu Stellung zu nehmen, lag nicht vor; erklärt wurde jedoch, daß durch die Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaften, durch die Berufsberatung sowie durch weitere Einrichtungen dem Kriegsverletzten Gelegenheit gegeben ist, seine Rechte wahrzunehmen. Der Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte bleibt endgültig Poststraße 5.

Vom Verband Märkischer Arbeitsnachweise werden seit dem 1. April gedruckte Katalogen für die Befragung von Stellen durch Kriegsbeschädigte herausgegeben. Der Ausschuss wendet sich gegen diese Herausgabe. Dem Märkischen Verband liegt nicht das Recht zu, derartige Tätigkeiten in Berlin auszuüben. Die Herausgabe der Listen gefährdet aber auch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Berufen und führt dazu, die Vermittlung zu desorganisieren.

Es kommt vor, daß auf Grund der Listen die Kriegsbeschädigten die darin aufgeführten freien Stellen aufsuchen, um dann zu erfahren, daß die Stelle besetzt ist. Der Arbeitgeber wird unmündig befähigt, der Kriegsverletzte hat neben die Enttäuschung, außerdem hat er auch oft noch seine letzten Groschen verfahren.

Verdorrene Nahrungsmittel

erregen in dieser Zeit allgemeiner Nahrungsmittelknappheit großes Aufsehen. Erstaunt fragt mancher sich, wie man jetzt Nahrungsmittel verderben und unkommen lassen kann. Mit solchen Empfindungen berichtet uns ein Leser unseres Blattes, was er vor der Mittelstandsstraße in der Warschauer Straße beobachtete. Von einem Kallwagen wurde Grünas abgeladen, das sich schon aus einiger Entfernung durch seinen Geruch unangenehm bemerkbar machte. Bei näherem Zusehen ergab sich, daß es sich um kleine Rüben handelte, die unter der reichlichen Menge Kraut fast verschwanden. Der „Dust“, den das Zeug ausströmte, war — so wird uns berichtet — nicht der gewöhnliche Rübengeruch. Unser Gewächsmann und andere Zuschauer, die sich angesammelt hatten, empfanden ihn als widerwärtigen Gestank wie von verfaulten Rüben. Entsetzt ging einer in die Mittelstandsstraße und meldete, was sich da vor den Augen und Nasen des Straßenpublikums abspielte. Eine Aufsichtsdame besah und beroh die Rüben und gab dann selber zu, daß sie wohl nicht mehr einwandfrei waren. Sie versprach, dafür zu sorgen, daß die Rüben wieder abgeholt würden. Hinterher probierte sie, ob nicht doch noch brauchbare darunter seien, aber sie hatte damit nicht viel Glück. Wir bezweifeln nicht, daß die Rüben, soweit sie sich als verdorren erwiesen, von der Verwendung in der Mittelstandsstraße ausgeschlossen wurden. Wir müssen aber mit unserem Gewächsmann die Frage aufwerfen, warum man die Rüben erst verderben ließ und sie dann so in die Straße lieferte.

Eine andere uns zugegangene Meldung berichtet, daß am Montag in der Zentralmarkthalle ein städtischer Verkaufsvermittler „etwa 400 Körbe verschimmelte Himbeeren“ an eine Essenzfabrik verkauft habe. Wie wir erfahren, trifft die Mitteilung zu (abgesehen höchstens von der Mengenangabe), aber weder dem Verkaufsvermittler noch der Markthallenverwaltung sei dabei, sagt man uns, ein Wortwort zu machen. Die Himbeeren waren durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst aus dem besetzten Gebiet des Ostens bezogen worden und kamen hier infolge langer Beförderungsdauer in einer solchen Beschaffenheit an, daß sie als roh zu essendem Obst nicht mehr abgegeben werden konnten. Ob es richtig war, Himbeeren bei der keineswegs fahlen Witterung der letzten Woche auf so weite Entfernung zu versenden, mögen die Sachleute entscheiden. Da die Transportbeschwerden leider auch schon mancher anderen Nahrungsmittelversorgung verhängnisvoll geworden sind, so sollte man sich um so größerer Vorsicht heilseigen, damit derartigen die Volksernährung schädigenden Verlusten vorgebeugt wird.

Dauernde Strafschließung von Gastwirtschaften.

Ein Berliner Schankwirt war vom Kriegswucheramt aus dem Handel mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere der Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften, ausgeschlossen worden, weil er Fleisch unter Ueberschreitung der Höchstpreise eingekauft und in seiner Wirtschaft an Gähne ohne Entschädigung von Fleischwaren und außerdem an Fleischlosen Tagen abgegeben hatte. Nach Ablauf von drei Monaten hat der Schankwirt um Wiederaufnahme zum Handel. Das Kriegswucheramt lehnte dies ab. Die hiergegen erhobene Beschwerde ist von dem Oberpräsidenten zurückgewiesen worden. In der Verfügung heißt es:

„Ein Gastwirt, der bei den gegenwärtig knappen Vorräten dazu beiträgt, durch Beteiligung am Schleichhandel die allgemeine Volkser-

nährung im Kriegs zu gefährden, ist in so hohem Maße unzuverlässig, daß es im allgemeinen Interesse unbedingt geboten ist, ihn für längere Zeit vom Gastwirtsberuf auszuschließen. Eine Rücknahme der Handelsunterlegung nach Ablauf von drei Monaten kann nur dann in Frage kommen, wenn besondere Gründe eine mildere Beurteilung angezeigt erscheinen lassen. Solche Gründe liegen im Fall R. nicht vor.“

Die Preisprüfungsstellen sind im Anschluß hieran von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts ersucht worden, darauf hinzuwirken, daß von den örtlichen Polizeiverwaltungen auch nach Ablauf von drei Monaten die Wiedereröffnung geschlossener Schank- und Gastwirtschaften, von Konditoreien und ähnlichen Betrieben nicht wieder gestattet wird.

Ein guter Fang des Kriegswucheramts.

In seinem Kampf gegen die Lebensmittelhändler hat das Kriegswucheramt in den letzten Tagen durch Aufhebung einer ober-schlesischen Reittengentrale, deren Ausläufer bis nach Berlin und Dresden gingen, einen vollen Erfolg gehabt. Es konnte eine Buchergesellschaft von 14 Personen verhaftet werden; weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Den Verhafteten wurden Waren im Werte von mehr als einer Million Mark abgenommen. Das Kriegswucheramt hatte ermittelt, daß der Kaufmann Gustav Oberländer in Berlin-Wilmersdorf seine Eigenschaft als Einkäufer für das Rote Kreuz und für die Werte Orenstein u. Koppel dazu mißbrauchte, Lebensmittelgeschäfte für eigene Rechnung abzuschließen. Umfangreiche Ermittlungen führten zur Verhaftung des Oberländer, von zwölf Personen in Oberschlesien und des Kaufmanns Weisk in Dresden. An verschiedenen Orten und in verschiedenen Lagen und Verstecken, besonders in Weußen, Rattowig und Königsbrunn, konnten folgende Waren beschlagnahmt werden: 145 Zentner bester Marmelade, 70 Zentner Kriegsmus, 82 Zentner Kaffee-Gesch und Malzaffee, 1 Zentner reiner Bohnenkaffee, 18 Zentner russischer Tee, 18 Zentner Dörrgemüse, 75 Zentner Sauerkraut, 2 Zentner Pfefferkörner, 5 Zentner Radeln, 10 Zentner Graupen, 8 Zentner Mehl, 8000 Dosen frische Serringe und Widmar-herlinge, 1000 Dosen Delfardinen, 2 Tonnen Salzheringe, 600 Dosen Fischklops, 18 Zentner Camer Käse, 100 Dosen Tomatenpaste und 350 Dosen sterilisierte Milch, 28 000 Suppen- und Bouillonwürfel, 2 Zentner Kunsthonig, 8 Zentner graue Erbsen, 820 Zentner Seife, 85 Zentner Backmittel, 5 Zentner Tabak, 1000 Pakete Streichhölzer u. a. m. Diese zu Unschätzlichen gehandelten Waren ließ das Kriegswucheramt in sechs Eisenbahnwaggons verladen und dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt in Berlin zur Verwendung für die Schwerarbeiter der staatlichen Rüstungswerke zuführen.

Führungsgewand und Arbeitsbefähigung.

Man schreibt uns: Seitdem das Kriegswucheramt seine Tätigkeit ausübt und die Kriegsgesellschaften unter seine Aufsicht genommen hat, wird von deren Angestellten die Beibringung eines Führungsgewandes verlangt. Da kommt es häufig vor, daß Personen mit vorzüglicher Arbeitsbefähigung und nachweisbar einwandfreiem Lebenswandel auf eine Anstellung verzichtet müssen, weil sie sich scheuen, einem anderen Angestellten, der die Personalakten verwaltet, Kenntnis zu geben von einer geringfügigen Strafe, die sie sich in jugendlicher Verirrung einmal zugezogen haben. Demnach wird über Personalmangel geklagt und doch wird es durch diese Formside des Führungsgewandes vielen unmöglich gemacht, sich um eine geeignete Anstellung im Hilfsdienst zu bewerben.

Verklärung von Kleidungsstücken aus Gewohnheit. Die Reichsbekleidungsstelle erklärt es als unzulässig, fertige Kleider zur Herstellung von Schutzwaren in der Art zu verwenden, daß die Kleider zerschritten werden. So hat eine große Berliner Firma, die überwiegend Kleinhandel treibt, tausend Weinenkostüme, acht hundert Weinenpaletots und sechshundert schwarze Wintermäntel zur Verwendung als Schutzfutter angeboten. Es sollen also die fertig vorhandenen, für die bürgerliche Bevölkerung so dringend benötigten Kleider wieder zerschritten werden, um dem Gewerbetreibenden, der von seiner Stelle aus die Kleider augenblicklich nicht schnell genug in Geld umsetzen kann, den erwünschten besseren Gewinn zu bringen. Dies ist völlig unpatenthaft. Es ist auch bekannt geworden, daß fertige neue Kleidung, die zum Teil gute Friedensware darstellt und als unmoderne Ware — zurzeit noch — an einzelnen Handelsstellen schwerer veräußert sein soll, zerschritten und zur Herstellung von Schutzstoffen verwendet wird. Die Reichsbekleidungsstelle sieht sich genötigt, gegen geschäftliche Maßnahmen der geschädigten Art mit Beschlagnahmen und Enteignungen einzuschreiten sowie gerichtliche Verfolgung zu veranlassen.

Gesuche an Marinebehörden. Bei der Marine gehen ständig zahlreiche Gesuche bei nicht zuständigen Stellen ein. Dadurch entsteht eine Verzögerung in der Erledigung. Es wird daher darauf hingewiesen, daß Gesuche und Anfragen, die die persönlichen Angelegenheiten Marineangehöriger betreffen (z. B. Einstellung, Verlegung, Beurlaubung, anderweitige Verwendung usw.) nicht an das Reichs-Marine-Amt, sondern stets unmittelbar den in Frage kommenden Kommandos der Marineteile (Mar.-Div., West-Div., Exp.-Div., Artillerie-Abteilungen, See-Bataillonen, Minen-, Unterboots-, Flieger-, Aufklärer-Abteilungen, Schiffshängendivision usw.) oder S. M. Schiffen einzureichen sind. Falls dies aus irgendwelchen Gründen (z. B. Inkenntnis der Adresse des Marineteils) nicht möglich ist, sind die Gesuche an die Marine-Stationen-Kommandos in Kiel oder Wilhelmshaven zu richten, die sie an die zuständigen Stellen weiterleiten werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen empfiehlt es sich, die Gesuche zunächst durch die zuständige Zivilbehörde auf ihre Notwendigkeit hin begutachten zu lassen.

Die Brandenburgische Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Neuruppin, Mariendorfer Weg 28-33, ist am 1. Juli 1917 eröffnet worden. Annahmen von Frauenkranken und der Geburtshilfe bedürftigen finden jederzeit statt. Die Kur- und Verpflegungssätze betragen in der I. Verpflegungskategorie 12 M. täglich, in der II. 8 M. und in der III. (und für Kasernen) 4 M. Außerordentliche Aufwendungen werden besonders berechnet. Gegebenenfalls kann freie Aufnahme gewährt werden. Die öffentliche Sprechstunde ist ab dem 1. Juli 1917 wochentags vormittags von 9-11 Uhr abgehalten.

Wichtig für Seuchenverdächtige. Auf Grund des § 14 des Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten kann für frische und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen eine Absonderung angeordnet werden. Diese Absonderung findet auf Anordnung des zuständigen Kreisarztes statt. Die davon betroffenen Personen haben, soweit sie der Invalidenversicherung unterworfen sind, einen Anspruch auf Entschädigung, sofern sie durch die Absonderung einen Arbeitsverdienstverlust erlitten haben. Für die Verrechnung der Entschädigung ist maßgebend der Grundlohn der Krankenkasse, der der Betroffene angehört. Ist also jemand der höchsten Klasse der Klasse angehört, deren Grundlohn 6 M. beträgt, so sind für jeden Arbeitstag 6 M. an Entschädigung zu zahlen. Diese Entschädigung kommt aber nur für krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen in Betracht, weil für diese, da sie nicht krank und erwerbsunfähig sind, die Krankenkasse nicht eintritt. Für die als krank und erwerbsunfähig erklärten Personen hat die zuständige Krankenkasse einzutreten. Krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen haben, sofern sie Anspruch auf Entschädigung erheben, den Antrag an das Regl. Polizeipräsidium zu richten; die Zahlung erfolgt durch die Gemeinde aus öffentlichen Mitteln. Ist eine Desinfektion der Wohnung und der Gebrauchsgegenstände polizeilich angeordnet worden und tritt dabei Beschädigung oder Vernichtung von Gegenständen ein, so ist gleichfalls auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

30 Gramm Butter. In der nächsten Woche werden in den bez. Feststelle Groß-Berlin angefallenen Gemeinden 30 Gramm Butter ohne Speisefett abgegeben.

Einziehung der Zweimarkstücke. Die Bundesratsverordnung über die Aufhebung der Zweimarkstücke sagt, daß Zweimarkstücke vom 1. Januar 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Bis zum 1. Juli 1918 werden indes Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Wert voll in Zahlung genommen, wie auch gegen andere Zahlungsmittel umgetauscht.

Aufhebung heimlicher Vergnügungstätten. Die Schöneberger Kriminalpolizei übertrug in den letzten Nächten in der Barbarossastrasse 10, Bogener Str. 4 und 9 und in der Stübchenstraße 9 kleinere und größere Gesellschaften, die sich ungezügelter ausgelassenheit hingaben, wobei Wein und Sekt in Strömen floß und auch für allerhand Bederbissen, die jetzt kaum zu haben sind, reichlich geizigt war. Die Teilnehmer an den nächtlichen Gelagen, meist Angehörige der sogenannten besseren Kreise und Halbweildamen, mußten sich einer Feststellung ihrer Persönlichkeit unterziehen. Wegen der Veranlassung dieser Schankstätten wird mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden. Auch die Wohnungsinhaber, die ihre Räume hergaben und die Personen, die als Helfershelfer der Veranstalter in Betracht kommen, haben strenge Strafen zu gewärtigen.

Töblicher Unfall eines Kindes. Der sechsjährige Sohn des Werkmeisters Gottschall stürzte aus einem Fenster der in Steglitz, Stephanstr. 21 im Hochparterre gelegenen elterlichen Wohnung und zog sich eine töbliche Schädelverletzung zu. Am seine beiden elf- und zwölfjährigen Schwestern, die sich spielend im Vorgarten aufhielten, zu sehen, war der Knabe mit einer kleinen Viehflamme auf Fensterbrett gestiegen, um die Geschwister zu beglücken. Hierbei verlor er das Gleichgewicht, fiel heraus und blies mit dem Kopf auf dem Vorgartengitter hängen. Das Kind starb alsbald an der schweren Verletzung.

Von einem Straßenzug überfahren und getötet wurde das 8 Jahre alte Töchterchen des Wirtsbekleidungs Deplissen aus der Albertstr. 19 zu Weissenhof. Die Kleine lief an der Ecke der Berliner Chaussee und der Parkstraße vom Bürgersteig auf den Straßenzug, geriet unter die Vorderäder eines Straßenzugwagens und starb auf der Stelle an einem Gehirnbruch.

Bermiist. Vom Kartoffeleinkauf nicht zurückgekehrt ist der 39 Jahre Lischler Rudolf Lange aus der Raminstraße 78 zu Neutölln. Lange ging am Sonntag um 6 1/2 morgens mit einem seiner Familie unbekanntem Arbeitsgenossen von Hause weg, um in Wuchholz Kartoffeln einzukaufen. Lange hat seit dem nichts mehr von sich hören lassen. Seine Frau beschränkt, daß er verunglückt ist. Der Bermiist ist mittelgroß, hat dunkelblondes Haar, graue Augen, blaues Gesicht und gekrümmten Schnurrbart, ist kräftig gebaut und trägt blauen Chebotanzug, grauen Nebergießer, blauen weichen Hut und gelbe Schnürstiefel.

Spandan. Lebensmittel. Den hiesigen Gastwirtevereinen ist ein Posten Margarine und Graupen für die Gast- und Schankwirtschaften übermietet worden. — Am Freitag beginnt der Butterverkauf; auf jeden Butterabschnitt 8 der Speisefettarten werden 80 Gramm für 44 Pf. verabfolgt. — Der den Geschäften gelieferte Grieß darf jetzt verkauft werden und zwar je 125 Gramm gegen Abtrennung von Feld 1 der Lebensmittelkarte. Der Preis beträgt 0,28 M. für 1/2 Kilogramm. — In vielen Geschäften sind noch Hafersubstitute gegen Abtrennung von Feld 12 der Lebensmittelkarte zu beziehen.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Von jetzt bis einschließlich den 20. Juli werden auf Abschnitt 15 der gelben Haushaltungskarte 2 Pfund Gemüselieferanten, bis einschließlich den 27. Juli auf Abschnitt M der Bezugsliste für Einzelpersonen (3. Ausgabe, rosa) 200 Gramm lose Suppen zum Preise von 0,40 M., auf Abschnitt N derselben Karte 100 Gramm Perljago zum Preise von 0,17 M. abgegeben. Die Entnahme von Gemüselieferanten hat bei dem Händler zu geschehen, bei dem die Anmeldung des Bezuges erfolgt ist, die Entnahme der beiden anderen Waren in denjenigen Geschäften, wo der Bezugsarteninhaber in die Kundenliste zum Bezuge von Grieß, Graupen, Gerste und Teigwaren eingetragen ist.

Edpend. Der Verkauf von Kunsthonig und Marmelade als Ersatz für Zucker zu Einmachegeworden erfolgt bereits vom Donnerstag, den 19. ab, in den Lebensmittelhandlungen der Stadt. — Beschwerden über Nichtmitnahme der Verordnung betreffend Kohlenlieferungen sind an den Genossen Otto Nidel zu richten.

Weissenhof. Lebensmittel. Die Brotzuzugarten für die Zeit vom 23. Juli bis 5. August werden wie bisher von den Brotkommissionen ausgegeben. Es wird ersucht, dieselben vom Donnerstag ab abzuholen. — Die beiden Abschnitte 64 der Kartoffelzuzugarten berechnen zum Bezuge von je 140 Gramm Mehl oder je 200 Gramm Gebäck.

Friedrichsfelde. Lebensmittel. Die Ausgabe der Zuzugarten für die Zeit vom 23. Juli bis 5. August findet nochmals wie in der bisherigen Weise in Friedrichsfelde für die Buchstaben A-K Montag, den 23. Juli, L-Z Dienstag, den 24. Juli, im Parkwirthshaus, Schloßstr. 2, statt; in Karlshorst für die Buchstaben A-K Donnerstag, den 26. Juli, L-Z Freitag, den 27. Juli, im Einwohnermeldeamt, Dönhofsstr. 31. — Vom Freitag, den 20. d. Mts., an erhält jeder Einwohner in dem Geschäft, in welchem er in die Zuzugartenliste eingetragen ist, auf Abschnitt 117 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Erbsenmehl (Maggi). Der Preis hierfür beträgt 43 Pf. — Von den Gedroben-Einmachtabletten wird durch die Apotheken und Drogerien auf Abschnitt 9 der Haushaltungskarte je eine weitere Rasse abgegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksorganisation Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, spricht Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41, über „Deutschlands Zukunft“. Zutritt zu dieser Versammlung ist nur gegen Karten gestattet. Wir ersuchen die Parteigenossen sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, die von den Vorstandsmitgliedern der Sozialdemokratischen Vereine und vom Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Hof II, 3 Treppen, ausgegeben werden. Der Bezirksvorstand.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Hotelbetriebsgesellschaft, in deren Besitz sich Hotel Bristol, die an die Kriegslieferanten-Gesellschaft vermietheten Hotels Velleuse und Kiergarten, dann Bauer, Kranzler, Wintergarten, Zoologischer Garten, Wilhelmshallen und Heibelberger befinden, weist für das Geschäftsjahr 1916/17 als Einnahmen des Generalbetriebskontos 3,14 gegen 2,7 Millionen Mark im Vorjahr aus. Es kam eine Dividende von 3 Proz. auf die Stammaktien und von 5 Proz. auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet werden. Für das Geschäftsjahr 1915/16 hatten nur die Vorzugsaktien 5 Proz., aber für zwei Jahre erhalten. Nach dem Bericht der Verwaltung ist der Fremdenverkehr in den Hotels verhältnismäßig gut gewesen.

Die Ritzfabrik A. G. in Edpend, die 1914/15 den beträchtlichen Verlust von 166 854 M. aus Vortrag und Reserve bedeu konnte, hat schon 1916/17 einen Reingewinn von 176 940 M.

erzielt, aus dem 4 Proz. Dividende gezahlt wurden. In diesem Geschäftsjahr stieg zwar der Bruttogewinn von 547 758 M. auf 784 342 M., es stiegen aber auch Unkosten und Abschreibungen, so daß der Reingewinn auf 168 783 M. sank, der sich einschließlich des Vortrages auf 228 808 M. erhöht, woraus die statliche Dividende von 10 Proz. gezahlt wird. In diesem Jahr hat das Unternehmen nach dem Geschäftsbericht weiter befriedigend gearbeitet.

Elektrifizierung der schwedischen Wasserkräfte.

„Nationalbanken“ meldet aus Stockholm: Der staatliche Industrienausschuß schlägt der Regierung die Regulierung der elektrischen Kraft aus den Wasserkraften des Landes vor und beantragt unter anderem die Beschlagnahme der gesamten Wasserkraft, die dem Industrienausschuß übertragen werden soll, damit dieser die industriellen Unternehmungen unterstützen kann, die bisher Dampf- kraft verwendeten.

Seefrachten.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht folgende interessante Aufstellung über die Steigerung der Frachten, wobei die Durchschnittsfrachten des Jahres 1914 gleich 100 gesetzt werden:

Seinfahrtsfrachten nach England von	1914	1915	1916	1917
Alexandria	100	351,9	985,5	1925,9
Australien	100	810,2	867,3	830,6
Bombay	100	206,—	735,5	1217,4
Kalkatta	100	204,8	750,—	1385,9
Siam	100	194,8	676,8	1196,1
La Plata	100	544	1212,4	1199,9
Amerik. Atlantik (Baumwolle)	100	379,8	991,8	1168,5
(Getreide)	100	400,—	915,6	1250,—

Die großen Gewinne des Kohlenbergbaues.

Ansichts der andauernden Versuche der Kohlenkönige, höhere Preise durchzubringen, ist die folgende Aufstellung der „Köln. Ztg.“ über die Gewinne der vierzehn reinen Lehen in Aktienform von hohem Interesse:

	Aktienkapital in 1000 M. am 31. Dezember		Abreibungen am 31. Dezember in 1000 M.		Reingewinn am 31. Dezember		Auf jede Tonne der Beteiligung entfällt an Reingewinn Mark		Dividende in Prozent	
	1915	1916	1915	1916	1915	1916	1915	1916	1915	1916
Harpen	85 000	85 000	8 949	11 673	7 722	13 401	0,89	1,51	6	12
Siberia	70 000	70 000	4 287	5 089	8 021	10 975	1,38	1,89	11	15
Offener Steinlohen-Bergwerke	19 000	25 000	2 334	2 211	3 543	4 954	1,52	2,13	10	10
Kreuzberg	14 400	14 400	2 021	2 170	3 347	3 843	1,17	1,30	22	25
Consolidation	20 000	20 000	1 283	2 725	4 244	4 951	2,17	2,54	18	22
Mülheimer Bergwerksverein	14 000	14 000	802	968	1 776	1 896	1,12	1,19	10	11
Dahlbüh	12 000	12 000	721	856	1 760	2 099	1,45	1,73	13 1/2	16
Friedrich Heinrich	22 000	22 000	3 231	2 401	300	1 055	0,25	0,87	—	—
Königsborn	11 000	11 000	1 000	1 500	2 428	3 117	2,15	2,77	10	15
König Wilhelm	8 500	8 500	1 353	1 614	1 904	2 847	1,67	2,55	12	20
König-Rheinener V. V.	10 500	10 500	1 987	1 966	4 708	7 629	2,39	3,97	35	40
Flagburger Bergwerks-V. G.	3 000	4 000	304	311	951	1 078	1,64	1,86	30	26
Wohmer Bergwerks-V. G.	6 000	6 000	342	359	23	426	0,95	0,85	—	5
Kplerbed	2 400	2 400	282	280	161	282	0,50	0,81	6	10
Zusammen oder im Durchschnitt	297 800	304 800	28 876	34 153	49 858	58 553	1,31	1,85	10,31	14,03

Diese 14 Aktiengesellschaften haben bei Erhöhung der Abreibungen von 20 Millionen Mark auf 34 Millionen Mark eine Steigerung ihres Reingewinns von 49,9 M. auf 58,6 M. erzielt. Trotz der vielermaßen Lohnsteigerungen ist der auf die Tonne entfallende Reingewinn von 1,31 M. auf 1,85 M. gestiegen! Selbst die „Köln. Ztg.“ muß gestehen, daß es den Aktionären bei gleichzeitiger Kräftigung der Gesellschaften gut ergangen. Sie sagt sogar der Magdeburger Bergwerks-Gesellschaft nach, daß sie ihr Aktienkapital um 1 Million Mark vergrößert habe, um die provozierend hohe Dividende scheinbar herabzudrücken. Und trotzdem das Gewinn nach höheren Preisen!

Gerichtszeitung.

Was ist Tafellobst? Nach der Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1916 war der Verkauf von Tafellobst nicht an den für Kessel feilgelegten Höchstpreis von 17 Pf. pro Pfund gebunden. Auf diese Ausnahme glaubte sich die Gemüschhändlerin Görlitz in Berlin stützen zu können. Sie verkaufte Kessel, die zwar zu einer besseren Sorte gehörten, selber aber unansehnlich und zum Teil angefaulen waren, für 35 Pf. das Pfund. Das Landgericht sah die Kessel wegen ihrer Beschaffenheit als gewöhnliche Wirtschaftsapfel an und verurteilte Frau G. wegen Ueberschreitung des Höchstpreises von 17 Pf. zu einer Geldstrafe von 200 M.

Die Angeklagte legte Revision ein und rügte Verletzung des Begriffs „Tafellobst“. Apfelsorten von besonderem Wohlgeschmack wären Tafelapfel und blieben es auch dann, wenn sie etwas angefaulen seien. Dieser Fall liege hier vor. Das Kammergericht vertwarf jedoch die Revision und führte aus: Nach der Verordnung seien als Tafelapfel solche zu verstehen, die gepflückt und sortiert seien. Unter einem Sortieren in diesem Sinne könne aber nur ein Sortieren nach der Güte der Ware verstanden werden, nicht etwa nach den Sorten. Die ausgefaulte gute Ware sei Tafellobst. Schlechtes Obst könne unter keinen Umständen als Tafellobst angesehen werden. Die Angeklagte hätte die angefaulenen Kessel, ganz gleich zu welcher Apfelsorte sie gehörten, nur zum Höchstpreise verkaufen dürfen.

Dazu ist nun zu bemerken, daß diese Frachtsätze sich auf die neutralen Schiffe beziehen. Die englische Handelsflotte steht unter Staatskontrolle, auch bedeuten die ihr gezahlten Frachten nur eine Verzinsung, nicht eine Minderung des Volkvermögens. Trotzdem ziehen die neutralen Meere aus den hohen Frachten immensen Gewinn, soweit sie es nicht wegen der U-Boote vorziehen, ihre Schiffe aufzuliegen.

Yankees als südamerikanische Kupferproduzenten.

Schon vor dem Krieg lieferte Chile jährlich 50 000 Tonnen Kupfererze. Die Erschließung der reichen Erzvorkommen der Anden ist um so nötiger, als der Wohlstand und die Finanzen dieses südamerikanischen Staates im wesentlichen auf der Salpeterausfuhr beruhen, die nach Friedensschluß durch den Wettwerb der deutschen Stickstoffindustrie ernstlich gefährdet ist. Zwei nordamerikanische Gesellschaften sind an die Erschließung der chilenischen Kupferlager herangegangen: die bekannte Bethlehem Steel Corporation und die von den Guggenheims gegründete Chile Copper Co. Im ersten Geschäftsbericht dieser Gesellschaft heißt es: Die Kupferförderung hatte sich in dem 7 1/2 Monate umfassen den Betriebsjahr 1915 auf 5472 Tonnen, im Jahre 1916 auf bereits auf 20653 T. gestellt. Für die ersten vier Monate des laufenden Jahres wird sie mit 15 277 Tonnen angegeben, ist also in raschem Aufstieg. Neuerdings schätzen die Ingenieure der Gesellschaft den Erzreichtum auf nicht weniger als 334,70 Millionen Tonnen mit einem Durchschnittsgehalt von 2,18 Proz. In diesem Zusammenhang muß man die tägliche Leistung auf 27 000 Tonnen Erzförderung erhöhen. Die Gesellschaft hat zusammen mit der Braden Copper Co. eine eigene Dampferlinie, die Chile Steam Ship Co. gegründet, um den derzeitigen großen Mangel an Schiffen zu überwinden. Der Geschäftsbericht berechnet, daß sich die Durchschnittskosten für das Kupfer auf 6 Cts. für das Pfund stellen werden.

markieren gemeinsam nach dem Vereins-Turnplatz in der Köpenicker Straße. Beginn der allgemeinen Freibewegungen auf allen Etagen nachmittags um 2 1/2 Uhr. Daran anschließend: Dreifachball, Ringelkugeln, Weitspringen und Laufen; Staffettenläufe für Männer, Frauen und Jugendmannschaften; Sonderwettkämpfe: Speerwerfen und Stabhochspringen. Beispielsweise: Zu recht zahlreichen Besuch ladet ein. Der Turn- und Sportklub.

Eingegangene Druckschriften.

Die deutsche Tagespresse und die Kritik. Von Karl Bücher. 1,50 M. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
Der neue Tag. Von Hans Christianen. Verlag von Jehm. Stadt. Wiesbaden.
Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17. Heft 137 bis 143. Heft 25 Pf. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
Die Freimaurerei. Von August Horneffer. Verlag H. H. Neumann, Leipzig. Gebunden 25 Pf.
Die Tabakvergiftungen und ihre Bekämpfung. Von Rudolf Müller. 1 Kr. — Verlag von Ignaz Brand u. Co., Wien.
Freiheitskämpfer. Deutung der Geschichte Polens. Von Stefan Buschmann. — Verlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Krakau.
Weine Rindheit. Von Maxim Gorki. Geb. 4 M., geb. 5,50 M. — Verlag von Ullstein u. Co., Berlin.
Kulturgeschichte und Staatsgeschichte. Von Prof. Dr. H. Jordan. 1,75 M. — Verlag Böhme Buchhandlung, Berlin W 62.
Einheitskämpfer und Mittelschule. Von Dr. H. Kappeler. 75 Pf. — Pädagogischer Verlag von Hermann Schroedel, Halle a. S.
Rindheit. Von Joh. Biehler. 1,80 M. — Verlag Wilhelm Lange- wiesche-Brandt, Ebenhausen bei München.
Englands Seerechtigkeit im Wandel. Von Prof. Dr. Max Planck. 2 M. — A. Marcus u. O. Weber Verlag, Bonn.
Weg zur politischen Reife. Von Fürst von Bismarck. — Der englische Wirtschaftskrieg und das wertvolle Volk Deutschlands. Von August Bismarck. 40 Pf. — Verlag von Neimar Hübner, Berlin.
Mein Ritter nach Velle. Von Fürst Karl Brück. — Im Marine- Institut gegen England. Von Trenchard von Butler. 1 M. — G. H. G. Verlag, Berlin SW 68.
Die Jesuiten. Von Dr. Alfred Müller. 1,20 M. — Geschichte Deutschlands. Von Th. H. Rantzenius. Geb. 7,50 M., geb. 9 M. — Das Buch der Reformation. Geschichten von Willebrand. Von Karl Rausch-Diesch. Geb. 6 M., geb. 7,50 M. — Verlag von H. Holz- länder, Leipzig.
Deutsche Vorzeit. Einführung in die germanische Altertumskunde. Von Dr. L. Böhler. Geb. 4 M. — Peter Hühner, Stuttgart.
Praktischer Führer durch die österreichische Geographie. 80 Heller. — Verlag von Ignaz Brand u. Co., Wien.
Wagenreiter. Von Dr. A. Floricke. 1 M., geb. 1,80 M. — Fränkischer Verlagshaus, Stuttgart.
Taschenbuch für deutsche Pilzjäger. Von Prof. E. Walter. 1,25 M. — Verlag von J. Neumann, Neudamm, Leipzig.
Unsere Bundesgenossen. 1 M. — Deutsche Verlagshaus, Stuttgart.
Demokratie und Freiheit. Von Augustin Stewart Chamberlain. 1,50 M. — Verlag von Hugo Brunnmann, München.
Zehn Millionen verloren. Von Sigock. 1 M. — Deutscher Volksverlag Jule Bahn, Berlin NW 4.
Das Kainischen. Von Adolf Kaiser. 30 Pf. — Verlag von A. Kaiser, Warburg bei Korb (Vahn).
Der Deutsche Buchhändlerverband im Jahre 1916. Selbstverlag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, I. Hof links, barrierefrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Aufsatz und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Aufsätze, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

„Omega.“ Besten Dank. Leider nicht verwendbar. — S. 19. Kann nur beiseite gehen. Senden Sie event. Adresse mit Rückporto. — Eberthstr. 100. Nachweise befinden sich Gormannstr. 13 und Köpenickerstr. 1. — A. 2. Im allgemeinen sind solche Abzüge nicht zulässig. Sie würden ihnen aber empfehlen, den Versuch zu machen und die tatsächlich gemachten Anwendungen dafür in Abzug zu bringen. — Friedrichs- felde 22. 1. und 2. Ja. 3. Landsturmpflichtig, Kruppanlage. — S. 177. Die Kriegsanstellung wird nicht erhöht werden, die Rutter könnte im Bedarfsfall nur Anspruch auf Armenunterstützung erheben. — Ernst 15. 1. Ja. 2. Da Invaliden- und Krankenrente gleich hoch sind, ist Ihre An- frage gegenstandslos. 3. An das Versicherungsbüro in Neudamm, Berliner Straße, Rathaus. — A. G. Zentralnachrichtenbureau des Kriegsministeriums, Berlin, Dorotheenstr. 48. — W. 3. 1. Sie werden mit Erfolg nichts unternehmen können. 2. Sie haben dadurch auf Ihre Rente keinen Anspruch. — S. 74. Sie sind zur Zahlung der Gemeindesteuern an beiden Orten verpflichtet. Staatskommissionen können Sie jedoch nur einmal zahlen. Einen Teil der be- sonderen Unkosten werden Sie in Abzug bringen können. — Abson. Nr. 141. 1. Stolze-Schrey. 2. Senden Sie sich an Buchhandlung Vor- wärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. — S. 3. 10. Sachgemäße Auskunft erhalten Sie in der Zentralstelle für Verfallensermittlung, Am Köpenicker Park 3. — A. G. 65. Verlag „Königsberger Volkzeitung“, Königsberg i. Pr., Vorder-Rohrort 61. — A. S. 24. Für Ihren Ort ist maßgebend die Gemeindebehörde. — Otto 12. Uns nicht bekannt. — W. 2. 100. Der Name ist wohl unrichtig wiedergegeben, uns un- bekannt. — Chirurgie 18. Im Berliner Adressbuch, 2. Band, II. Teil, Seite 226 und weiter finden Sie das Gewandstück. — S. 37. Die Adresse lautet: An das „Rote Kreuz“, Genf (Schweiz).

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Mäßig warm, zunächst noch überwiegend bewölkt, mit öfter wiederholten, im Binnenlande meist geringen, im Küstengebiet stärkeren Regenfällen; später öfters fortgesetzte Aufhellung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgl. geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen Ernst Oldenburg von der Gasanstalt Gieseler Str. 12. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Reutheim aus statt. Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer V. a. G., Neukölln 1. Am 15. Juli starb unser wertvolles Mitglied, Frau Beria Lorenz. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Reutheimer Gemeindefriedhof, Gottlieb-Dunfel- Straße, statt. Ferner starb unser altes Mitglied 258/6 Friedrich Paul. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Reutheimer Gemeindefriedhof, Gausstraße, statt. Die Ortsverwaltung.

Sophie Frenzels geb. Duckwitz im fast vollendeten 63. Lebensjahr. 248. In heißer Trübsal um stille Teilnahme bittend Gustav Frenzels nebst Tochter und Sohn. Die Beerdigung findet am 21. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pantomer Friedhofes III in Schönholz aus statt.

Spezialarzt Dr. med. Coleman für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bekrankte, Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Königstr. 34-36. Stadthof, Alexanderpl. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Der Polizeimeister. Ein russischer Polizeikommandant von G. Kopolst. Preis 5 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. N 51, Zinckenstraße 83-85. Geschäftsjahr von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. Montag, den 23. Juli 1917: Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen: Norden: Uharusstraße, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr. Norden: Hütteners Festhalle, Schwebler Str. 23, abends 8 1/2 Uhr. Norden: Franke's Festhalle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr. Charlottenburg: Sand's Festhalle, Benjestr. 4, abends 8 1/2 Uhr. Charlottenburg: Volkshaus, Rosenstr. 4, abends 8 1/2 Uhr. Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr. Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Kemeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr. Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Berghagen 56, abends 8 1/2 Uhr. Weißensee: Restaurant Wälsche, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr. Südbezirke: Gemerichshaus, Engelufer 15, Saal 1, abends 8 1/2 Uhr. Neukölln: Ideal-Festhalle, Weißestr. 8, abends 7 1/2 Uhr. Tegel: Leonhardt, Tegel, Berner Str. 84, abends 6 Uhr. Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Barneke, Oberschöneweide, Bildmühlenstr. 18, abends 8 1/2 Uhr. Spandau: Derz Restaur., Spandau, Kurstr. 21, abds. 8 Uhr. Sonnabend, den 21. Juli 1917: Cöpenick und Friedrichshagen: Kähler, Cöpenick, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Str. 23, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Bericht von der Generalversammlung in Köln. 2. Diskussion. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Schlosser u. verwandten Gewerbe zu Berlin. Bekanntmachung. Die in der Ausschussversammlung am 21. November 1916 beschlossene Abänderung des § 61 der Statuten (Entschädigung der Vorstandsmitglieder) hat unter dem 10. Juli 1917 die Genehmigung durch das Reg. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin erhalten und tritt mit dem heutigen Tage, als 2. Abänderung zur Geltung in Kraft. Dunderemplare der Abänderung werden im Kassalokal an Arbeitgeber und Versicherte abgegeben. 278/13 Berlin, den 20. Juli 1917. Der Vorstand. A. Polzia, G. Müller, Vorsitzender, Schriftführer. Fozel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volkswirtschaftslehre. 2,80 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

MöBEL Jeder sei gerüstet an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn ein sicherer, ein umfassendes Allgemein- u. fachl. Bildung. Rasch und gründlich führt die Methode Rustin (auf Direktorien höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsbildung, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüf., Handelswissenschaft, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand-Konservatorium, Ausführliche 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderung im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenfrei durch Bonnes & Hachfeld, Potsdam. Postfach 224. Lippmann, Otto. Hilfsbuch für die Dreherei mit 262 Abbildungen. Gebunden 3,00 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Münzen kauft Ball, Münzenhdlg., Berlin, Wilhelmstr. 46/47. Keine Wanze mehr für Mk. 1,50 Nur mit Nicodal I und II zu erzielen! Ges. gesch. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Doppelpackung Mk. 1,50. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Zu haben in den früher in diesem Blatte genannten sämtlichen Verkaufsstellen. Bei Einsend. von Mk. 1,90 Franko-Zus. A. Ausw. d. den Gen.-Vertr. H. A. Groesel, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurfürst 4741. [222] 1*

Der Brand des Berliner Schauspielhauses.

Am 20. Juli 1817 vernichtete eine verheerende Feuerbrunst das Berliner königliche Schauspielhaus am Bendarmenmarkt, das von Langhaus an Stelle des kleinen, im Jahre 1774 unter Friedrich II. von Boumann dem Älteren geschaffenen französischen Komödienhauses errichtet worden war.

Deutsche Giftpflanzen.

Giftigkeit ist ein relativer Begriff. Wir kennen keinen Stoff, von dem wir mit völliger Gewissheit behaupten könnten, daß seine Aufnahme für jedes bekannte lebende Wesen tödlich wäre.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Anders und seine etwas jüngere Schwester Kristine sahen mit ihrem Kaffee gern drüben beim Kachelofen. Durch einen reinen Zufall gelangte Anders, kurz nach der Fahrt zu der Waldverammlung, dahin, das Rohe und Nüchternste in des Vaters Auftreten gegenüber der Mutter bei diesen Gelegenheiten einzusehen.

Es gab da einen alten Junggesellen, den die Kinder Dunkel Hans nannten, obwohl seine Verwandtschaft mit ihrer Mutter in Wirklichkeit weit entfernt war.

Eines Tages sahen er und Per Hjarmsted beim Kaffeetrinken in der Wohnstube. Sie hatten die gleichen schmutzigen Füße gehabt, und nach dem Kaffee sahen sie beide da und rauchten Tabak und spuckten auf den Fußboden.

Anders und Kristine waren die ganze Zeit über in der Stube drin; ihre Mutter dagegen war hinausgegangen, nachdem sie den von den Wanderungen der Männer beschmutzten Boden gereinigt hatte.

Dunkel Hans wandte sich nun geschwäteweise an die Frau vom Hause und sagte: „Ja, glaub, Kirstine und Du, ihr werdet euch mal so ähnlich wie zwei Tropfen Wasser.“

Er bekam nicht sofort eine Antwort; sie stand da und sah ihn verwundert an.

„Ich sag, Margrethe, . . .“

„Du solltest dich doch was schämen, Hans!“

„Was?“ rief der, völlig überrascht, gleich danach aber vielleicht doch ähnend, worum es sich handelte. Dagegen wußte Anders das nicht im geringsten; — er blickte in gespannter Erwartung auf seine Mutter; ihre Wangen hatten sich gerötet, und sie hatte Tränen unter den dunkeln Augenwimpern.

„Bist Du denn so dösigen und meinen Fußboden vollspucken, wenn Du siehst, daß ich eben drin war und Deinen Schmutz weggemacht habe!“

Beispiele ließen sich leicht vermehren. Wie viel hierbei auf eine Verschiedenheit der Körperanlage von vornherein und wieviel viel- leicht auf eine langsame Gewöhnung durch viele Generationen hin- durch kommen mag, sei dahingestellt. Gewiß ist, daß ausgeleerte Raucher, Alkoholiker und Kaffeetrinker Nikotin, Alkohol und Koffein in Mengen zu verarbeiten imstande sind, die einem Anfänger in den meisten Fällen tödlich würden. Ueberhaupt kann man die Genußmittel als Gifte ansehen, deren Wirkung bei erträglich geringen Mengen als Genuß empfunden wird.

Die Zahl der heimischen Giftpflanzen ist sehr viel größer, als im allgemeinen angenommen wird. Es ist eigenartig genug, daß die gesamte Grundlage der Volksernährung neben dem Getreide auf einer Pflanze ruht, die in allen ihren Teilen giftig ist, wenn man etwa einen Eßlöffel voll davon auf einmal einnimmt, zu schweren Vergiftungserscheinungen. Mit wenigen Körnern des beliebten Kimmels kann man einen Spazier töten. Der Genuß von vier Stüd roten Zwiebeln auf einmal führt auch beim Menschen zu schweren Erkrankungen usw. Andererseits gibt es auch Pflanzen, die die einen für giftig, die anderen für ungiftig erklären, was darauf beruht, daß auch die Menschen nicht gleich empfänglich gegen Gifte sind. So hat z. B. die Hundspeterilie einen süßen Rul, gleichwohl steht fest, daß viele Personen sie ohne Schaden genießen können.

Wie Anatole France hinter die Schule ging.

Anatole France hat sich, als der Krieg ausbrach, den gefunden Menschenverstand nicht unbedenkt lassen; aber als er in diesem Sinne sich öffentlich ausdrückte, da sind seine Landsleute so heftig über ihn hergefallen, daß er es vorzog, auch feinerseits mit schwacher Stimme in das allgemeine Hurraheer einzufallen.

konnte zum ersten Male die Leute so recht bei der Arbeit beobachten. Da goß ein Gärtner seine Blumen, da malten Mägde Kühe, da schlug ein riesiger Hufschmied einem Pferde das Hufeisen an, und ein Drechsler drehte allerlei häßliche Sachen aus dem Holze. Dann schlug er, mit dem köstlichen Bewußtsein, etwas ganz Un-erlaubtes zu genießen, den Weg nach dem Bois de Boulogne ein. Er setzte sich auf eine Bank neben einen Knaben, den er bewundernswürdig elegant angezogen fand; trug er doch an goldner Kette eine Uhr und eine schöne blaue, weißgepunktete Kravatte.

Max Liebermann,

der heute seinen 70. Geburtstag feiert, darf in mehrfacher Hinsicht als Vater des modernen Naturalismus in der deutschen Malerei gelten. Er ist nicht nur einer der ersten gewesen, die die neue Technik in Frankreich erlernten, sondern er hat auch seit Anfang der 1870er Jahre einen guten Teil seiner Arbeitskraft der Propaganda für die damals moderne Kunst gewidmet.

Notizen.

— Eine Liebermann-Ausstellung ist in der königlichen Akademie der Künste eröffnet worden. Sie soll eine Gesamtschau über das Leben und Werk des Künstlers geben.

„Reinen —, Margrethe? — Ich dachte, daß . . .“ aber Dunkel Hans bewies wirklich den Lakt, nicht fortzufahren. Anders dagegen fuhr in seinen eigenen Gedanken fort und fühlte, wie ihn eine plötzliche Wut auf seinen Vater packte, — gleichzeitig fand er seine Mutter so unsagbar schön.

„Solltest dich auf und davon machen, Hans!“ sagte sie, — nicht mehr erzürnt, aber wie einer, der nach bestem Gutdünken äußert, was für das Zweckmäßigste gelten muß.

„Weißt Du mir die Lüre, Margrethe?“

„Nein, aber Du hast mirs verleidet, für heut weiter mit Dir zu schwätzen.“

„Ja, ja — adieu, Margrethe!“ sagte Dunkel Hans mit so rotem Kopf und so verlegen, daß er des Anders Herz dadurch völlig gewann. —

Beinahe tagtäglich wiederholte sich diese Szene am Kaffeetisch zwischen den Eltern des Anders. Und der erboste sich ein jedes Mal darüber, es stachelte ihn zur Kritik auf gegen seinen Vater. Doch vermag er sich nicht, diese Kritik umfassend werden zu lassen. —

Anders hatte oft beobachtet, daß seine Schwester so selten drinnen war — das heißt: sich in der Wohnstube befand, — an den Tagen, wenn der Alte ausgefahren war. Aber weiter darüber nachgedacht hatte er nicht.

Da geschah es eines Tages in dem darauf folgenden Herbst, daß sein Vater von einer Fahrt zurück erwartet wurde, die fast eine Woche gedauert hatte — es war nach dem Markt in Djallerup. — Für Anders war nichts auf dem Felde zu tun des ununterbrochenen Regenwetters wegen, das in der letzten Zeit geherrschet hatte. Er sah in der Wohnstube bis in den Nachmittag hinein und las Ingemanns Waldemar Sejr zum vierten Mal. — Nun wars ihm immer ein körperliches Uebel, so still zu sitzen, wie man eigentlich soll, wenn man liest; jede halbe Stunde pflegte er innezuhalten, sich Bewegung zu machen oder etwas zu sagen; heute nachmittag aber überraschte es ihn immer wieder, daß niemand in der Stube war, mit dem er reden konnte. Seine Mutter war zum Nachbar gegangen, das wußte er wohl. Aber wo steckte Kirstine? Das konnte er nicht begreifen.

Als er an die drei Stunden geseßen hatte, konnte er nicht länger aushalten. Er hatte einen heißen Kopf und verspürte Unbehagen vom Befen, vielleicht auch vom Warten, — denn jetzt merkte er, daß er die ganze Zeit über geseßen

und auf Kirstine gewartet hatte; er war voll hitziger Ungeduld, sie zu sehen und mit ihr zu sprechen, als er nun das Buch weglegte.

Er begab sich in die Küche, wo der Eimer mit Trinkwasser stand, aber sie war nicht in der Küche. Er ging durch die meisten andern Stuben in dem sehr langen Hause; doch er mochte nicht nach ihr rufen, denn er hatte ihr doch eigentlich nichts zu sagen.

Er mußte es wirklich aufgeben, sie noch zu finden, — und nun fiel ihm ein, daß er ein paar Blöcke brauchte, die er für die Hühner einschlagen wollte, die gestern zu brüten begonnen hatten. — Es war, nach seines Vaters Befehl und zu seinem eigenen ständigen Kerger, sein Amt, die Hühner zu besorgen. — Er würde gewiß ein Stüd von einem Brett oder so etwas oben in der Endstube finden, wo soviel Gerümpel lag. Die Endstube lag jenseits des Saales und hatte Fenster nach der Einfahrt zum Hof hinaus. — Als er dort hinaufkam, sah Kirstine am Fenster in der kalten, finsternen Kammer, mit einem großen Tuch über Kopf und Oberkörper.

„Aber was hast Du denn hier zu sitzen, Kirstine?“

„Ich soll Vater empfangen, wenn er heimkommt.“

„Zu dem Fenster kommt er doch wohl nicht herein?“

„Nein.“

„Ich hab ja gar nicht begreifen können, wo Du steckst, seit dem Kaffee.“

„Ich soll auf ihn warten. Denn wenn wir in der Wohnstube sitzen, ist's nicht gesagt, daß wir gleich hören können, wenn er vor der Lüre hält.“

„Aber warum hast Du hier den ganzen Nachmittag geseßen, wenn Du weißt, daß er jetzt erst kommt?“

„Ja, davon weiß ich doch nichts. Er sagte am Montag, daß ich ihn am Freitag erwarten soll zwischen 3 und 8. Und das ist ja heut.“

„Aber er hat Dir doch nicht befohlen, hier die ganzen fünf Stunden zu sitzen, bloß damit Du an der Plurktür sein kannst im selben Augenblick, wenn er da ist.“

„Gewiß.“

Anders stockte völlig. — Auf einmal sah er ein, daß es nicht bloß heute der Fall war, sondern nach jahrelangem Brauche geschah, wenn Kirstine hier stundenlang in dieser Hundekälte zu sitzen und zu warten hatte; nur damit der Vater nicht eine Sekunde auf Hilfe warten sollte, wenn er vor der Lüre hielt.

(Fortf. folgt.)

